

Inhalt

| | |
|--|----|
| Das Institut für Kulturpolitik | 1 |
| Die Kulturpolitische Gesellschaft und ihr Institut für Kulturpolitik | 2 |
| Mitglieder des Kuratoriums | 3 |
| Übersicht: Projekte des Instituts für Kulturpolitik 2000 | 4 |
| »Kunst-Macht-Kulturpolitik«. Kulturpolitischer Bundeskongress | 5 |
| Jahrbuch für Kulturpolitik. Thema: Bürgerschaftliches Engagement | 8 |
| Kulturpolitisches Informationssystem | 9 |
| Kultur und Arbeit | 11 |
| Kulturpolitik als Ehrenamt | 12 |
| Kultur und Kulturförderung: Nordrhein-Westfalen – Niederlande..... | 16 |
| Neukonzeption der Förderung für die Freien und Privattheater der Stadt Köln..... | 17 |
| Evaluation Kultur Ruhr GmbH | 18 |
| Blickwechsel II | 19 |
| Kulturelle Sommerprogramme auf dem Prüfstand | 19 |
| Kulturelle Weiterbildung an Volkshochschulen in Brandenburg | 20 |
| Wirtschaftliche Auswirkungen von Kulturausgaben | 21 |
| Festangestellte und freie MitarbeiterInnen des Instituts für Kulturpolitik | 22 |
| Publikationen der InstitutsmitarbeiterInnen 2000 | 23 |
| Vorträge von InstitutsmitarbeiterInnen 2000 | 24 |
| Publikationen des IfK im Jahr 2000 | 25 |
| Impressum | 25 |

Als Einrichtung für Kulturpolitikberatung und anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung liegt das Schwergewicht und die Orientierung der Arbeit des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (IfK)* auf den konzeptionellen Aspekten kulturpolitischen Handelns. Im Mittelpunkt der Institutsarbeit im Jahr 2000 stand der weitere Aufbau des Instituts und die Ausweitung der Projektaktivitäten. Dabei kam und kommt der vierjährigen finanziellen Unterstützung durch den *Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und Medien (BKM)* ab Januar 2000 eine wichtige Bedeutung zu. Für diese projektgebundene Förderung werden als Gegenleistungen ein zweijährlich stattfindender großer kulturpolitischer Kongress durchgeführt, ein jährlich erscheinendes »Jahrbuch zur Kulturpolitik« herausgegeben und am Aufbau eines kulturpolitischen Informationssystems gearbeitet.

Dadurch ist ein neues Element in die Arbeit des *IfK* gekommen, das ermöglicht, über die meist sehr konkret vorgegebenen Projektziele hinaus, wichtige Themen kulturpolitischer Theorie und Praxis etwas grundsätzlicher anzugehen und im kleinen Umfang ein wenig kulturpolitische Grundlagenarbeit zu betreiben.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt neben den *BKM*-Projekten lag, wie in den vorhergehenden Jahren, auf der Durchführung von Projekten für das *Bundesministerium für Bildung und Forschung*. Ende Februar wurde das von diesem Auftraggeber finanzierte zweieinhalbjährige Forschungsprojekt »Freiwilligenarbeit in der kulturellen Bildung und Kulturarbeit« abgeschlossen. Mit dem Thema des »Freiwilligenprojekts« hatten wir einen zentralen Nerv der kulturpolitischen Diskussion getroffen, was sich auch in der großen Resonanz der Projektveranstaltung in Osnabrück, Frankfurt/Oder und Halle, der Seminare in Potsdam, Hannover, Nürnberg und Arnoldshain sowie in einer Reihe von Einladungen zu anderen Tagungen, um über das Projekt und seine Ergebnisse zu berichten, niederschlug. Von diesem Projekt, auf das in diesem Bericht nicht weiter eingegangen wird, da es mit Jahresbeginn abgeschlossen wurde, liegen die Enddokumentation, eine kommentierte Bibliographie sowie 3 Projektinformationsdienste vor. (Vgl. Bernd Wagner (Hrsg.): *Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojektes*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Dokumentation, 55) 2000).

Seit Ende 1999 werden zwei weitere durch das *BMBF* finanzierte Projekte bearbeitet: in Kooperation mit dem *Institut für Bildung und Kultur* in

Remscheid das Projekt »Kultur und Arbeit. Kulturelle Bildung als Gestaltungspotential in der sich wandelnden Arbeitsgesellschaft« sowie das Beratungsprojekt »Kulturpolitik als Ehrenamt«.

Auf der Landesebene lag das Schwergewicht wie auch in der Vergangenheit auf Projektaktivitäten für das *Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport* beziehungsweise *Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport* des Landes Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommen je ein Projekt für das *Ministerium für Bildung, Jugend und Sport* des Landes Brandenburg und für *Kultur, Jugend, Familie und Frauen* des Landes Rheinland-Pfalz.

Das Institut für Kulturpolitik

Auf der kommunalen Ebene wurden im Auftrag der *Stadt Köln*, des *Kultursekretariats Gütersloh* sowie der *Kultur Ruhr GmbH* Forschungs- und Beratungsaktivitäten durchgeführt.

Unter inhaltlichen Gesichtspunkten lassen sich die Projektarbeiten des Instituts in drei Themenkomplexe untergliedern:

- ∖ *Neue Strukturen und Organisationsformen der Kulturpolitik*: Hierbei geht es um neue Trägerschaften und Finanzierungsformen, um Public Private Partnership, bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit und Dritten Sektor, Kulturverwaltungsreform und Regionalisierung.
- ∖ *Qualifizierung für kulturelle Praxisfelder*: Hierzu gehören u. a. die Entwicklung von Qualifizierungsbausteinen für einzelne Bereiche, etwa im Rahmen der Freiwilligen- und Ehrenamtsprojekte, die Evaluation bestehender Aus- und Fortbildungsangebote und Untersuchungen zum Zusammenhang von Bildungs- und Beschäftigungssystemen im Kulturbereich.
- ∖ *Kulturpolitisches Informationssystem*: Verschiedene Bestandsaufnahmen, Materialrecherchen und (kommentierte) Bibliographien sowie eine umfangreiche kulturpolitische Adressdatenbank und eine Chronologie wichtiger kulturpolitischer und kultureller Ereignisse bilden das Grundgerüst des aufzubauenden kulturpolitischen Informationssystems.

Die Entwicklung und Durchführung der Projekte wurde vom Kuratorium des *IfK* sowie einzelne Kuratoriumsmitglieder begleitet und unterstützt.

BERND WAGNER

Die Kulturpolitische Gesellschaft und ihr Institut für Kulturpolitik

Die Kulturpolitische Gesellschaft ist in erster Linie ein Verband mit meinungsbildender Wirkungsabsicht. Seit über zwanzig Jahren versucht sie, vor allem über ihre 1.400 Mitglieder im gesamten Bundesgebiet, eher indirekt Einfluss auf die Entwicklung der Kulturpolitik auszuüben und hat dabei programmatische Akzente gesetzt und auch wichtige Erfolge erzielt. Ganz im Sinne des Politikverständnisses der 70er und 80er Jahre hat sie dabei auf Überzeugung und Argumentation gesetzt, um einen Konsens zu erreichen. Themen generieren und Meinungen im Diskurs bilden – das waren ihre verbandspolitischen Stärken. Sie konnte sich dabei auf die Fach- und Sachkompetenz ihrer Mitglieder und des Vorstands stützen, hat jedoch von Beginn an der Recherche, Analyse und Forschung neben den vielen diskursorientierten Aktivitäten und Veranstaltungen einen großen Stellenwert in der Verbandskonzeption eingeräumt. So werden bereits im Grundsatzpapier von 1976 die Dokumentation, Analyse, Strategieentwicklung und Kulturentwicklungsforschung als Aufgaben der Kulturpolitischen Gesellschaft ausgewiesen. Allerdings war es in den 70er und 80er Jahren kaum möglich, diese Ziele systematisch zu verfolgen. Es hat zwar Anfang der 80er Jahre den Versuch gegeben, ein Institut für kulturelle Bildung und Kulturpolitik als Verbandseinrichtung zu gründen, und es gab auch zur gleichen Zeit die Initiative, eine Dokumentationsstelle für Soziokultur und Kulturpolitik aufzubauen. Aber diese Versuche sind im konzeptionellen Ansatz steckengeblieben, weil es keine öffentliche Bereitschaft gab, diese Einrichtungen zu finanzieren.

Ein Interesse an öffentlich finanzierter Kulturforschung auf Bundesebene signalisierte Ende der 80er Jahre das Bundesinnenministerium. Im Jahr 1988 lud es einige auf diesem Gebiet tätige Institute – darunter auch die Kulturpolitische Gesellschaft – zu Gesprächen ein, um zu erfahren, »mit welcher Zielsetzung Kulturforschung zukünftig betrieben werden kann und soll, welche Organisationsformen wünschenswert sind und inwie-

weit der Bund im Hinblick auf ein gesamtstaatliches Interesse den Ausbau einer leistungsfähigen Kulturforschung unterstützen kann« (Schreiben von Dr. Wemmer vom 13.05.1988). Leider sind diese Bemühungen seitens des BMI dann im Sande verlaufen, weil mit der »Wende« 1989 andere Prioritäten und Aufgaben auf der politischen Agenda standen. Immerhin ist als Resultat aus diesen Gesprächen ein Gutachten zur »Entwicklung der Kulturpolitik-Forschung und ihrer Institutionalisierung in der Bundesrepublik Deutschland« entstanden, das Olaf Schwencke verfasst hat und das für die Kulturpolitische Gesellschaft der Anstoß war, über die Einrichtung eines Instituts für Kulturpolitik konkret nachzudenken und eine Chance der Realisierung zu suchen. Insofern war der Gründungsakt des Instituts für Kulturpolitik die logische Konsequenz einer Entwicklung, die faktisch bereits Mitte der 80er Jahre begonnen hatte und durch eine Satzungsänderung im Jahr 1994 als Option institutionalisiert wurde.

Diese Chance eröffnete sich Anfang der 90er Jahre nach dem Hauptstadtbeschluss des Bundestages (20. Juni 1991) und den dann einsetzenden Ausgleichsverhandlungen, die vorsahen, Bonn als Wissenschafts- und Kulturstadt auszubauen. In diesem Zusammenhang wurde der Plan gefasst, »neue Funktionen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung im politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich« in Bonn anzusiedeln. Diese (Umzugs-)Einladung ging auch an die Kulturpolitische Gesellschaft, die seinerzeit noch in Hagen ihren Geschäftssitz hatte und darin die Chance sah, die Institutsidee umzusetzen. Sie beantragte 1994 die Förderung des Instituts für Kulturpolitik aus Ausgleichsmitteln für den Zeitraum von 10 Jahren und konnte schließlich (ab 1996) eine bescheidene, degressive Grundfinanzierung dafür erreichen. Die Verhandlungen im Vorfeld dieser Entscheidung waren aufgrund des komplizierten Verfahrens (Bund, Land NRW, Stadt Bonn) langwierig. Hilfreich war in diesem Prozess sicherlich die breite Unterstützung, die die Einrichtung des Instituts für Kulturpolitik von anerkannten Persönlichkeiten und ExpertenInnen erfahren hatte. Über 100 renommierte Fachleute hatten einen Aufruf unterstützt, darunter: Dr. Hilmar Hoffmann, Prof. Dr. Hermann Glaser, Siegfried Hummel, Prof. Dr. Gerhard Schulze, Dr. Albrecht Göschel, Dr. Bernd Meyer, Prof. Dr. Oskar Negt, Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg, Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, Prof. Dr. Hermann Schäfer, Prof. Dr. Hans-Günther Rolff, Prof. Dr. Armin Klein, Renate Schmidt, MdL, Prof. Dr. Hermann Rauhe, Prof. Dr. Micha Brumlik u.v.a.. Aufgrund

der positiven Entscheidung ist die *Kulturpolitische Gesellschaft* dann im November 1996 in das *Haus der Kultur* in Bonn umgezogen und arbeitet seither an der weiteren Profilierung des *Instituts für Kulturpolitik* als Einrichtung der *Kulturpolitischen Gesellschaft* e. V.

Mit dem Amtsantritt des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Staatsminister Dr. Michael Naumann im Jahr 1998 gab es eine weitere positive Entwicklung, insofern das *Institut für Kulturpolitik* ab dem Jahr 2000 damit beauftragt ist, in jedem zweiten Jahr einen kulturpolitischen Bundeskongress durchzuführen, jährlich ein »Jahrbuch zur Kulturpolitik« vorzulegen und an der Entwicklung eines kulturpolitischen Informationssystems zu arbeiten. Zentrale Aufgaben des *Instituts für Kulturpolitik* sind damit auf der Bundesebene angesiedelt, ohne allerdings drauf eingeeengt zu sein. Bestandteil der Verabredung mit dem »Bund« ist vielmehr, dass alle Ebenen kulturpolitischen Handelns im Blickfeld des *Instituts für Kulturpolitik* bleiben, um damit dem föderalen Charakter öffentlicher Kulturförderung insgesamt Rechnung tragen zu können.

Das *Institut für Kulturpolitik* wird organisatorisch als Abteilung der *Kulturpolitischen Gesellschaft* e. V. geführt und haushaltstechnisch im Wege einer Projektförderung zeitlich befristet unterstützt. Genau genommen besteht das *Institut für Kulturpolitik* aus vielen einzelnen Projekten, die jedoch durch das Dach des Verbands und des Instituts in Zusammenhang stehen. Auf diese

Weise soll es gelingen, die Institutsaufgaben und Projekte einerseits als eigenständigen Bereich zu profilieren und andererseits die synergetischen Effekte im Verband mit der Trägerorganisation *Kulturpolitische Gesellschaft* zu gewährleisten. Unabhängig von den positiven Effekten, die sich aus der Zusammenarbeit von Personen und Projekten ergeben, besteht die Synergie und Stabilität dieser Verbindung in dem gegenseitigen Nutzen von Verband und Institut.

Die *Kulturpolitische Gesellschaft* ist kein Interessenverband im engeren Sinne, sondern vielmehr eine Organisation, die Kulturpolitik als öffentliche Aufgabe gesellschaftlich kommuniziert. Ihre Wirkungsmöglichkeiten sind in starkem Maße abhängig von der programmatischen Überzeugungskraft und fachlichen Qualität ihrer Argumente. Sie ist deshalb nicht nur angewiesen auf die Erfahrungs- und Meinungsvielfalt ihrer Mitglieder, sondern auch auf empirisches Wissen, das sie sich über eigene Recherche und Forschung verschafft. Dies ist nicht zuletzt die Aufgabe des *Instituts für Kulturpolitik*. Andererseits sind das Netzwerk und der Kommunikationszusammenhang des Verbands die beste Gewähr dafür, dass die Arbeiten des Instituts praxis- und anwendungsbezogene Ergebnisse zeitigen und in die unterschiedlichen Praxisfelder hineinvermittelt werden können.

Dies ist der Grund dafür, dass die enge Verbindung von Institut und Verband beibehalten wurde. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass dieses Modell funktioniert, auch wenn das schwierige

Prof. Dr. Olaf Schwencke

Kuratoriumsvorsitzender, Präsident der Deutschen Vereinigung der Europäischen Kulturstiftung für kulturelle Zusammenarbeit in Europa, Berlin

Dr. Hans Jürgen Baedeker

Ehem. Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Düsseldorf

Wibke Bruhns

Freie Journalistin und Autorin, Berlin

Dr. Cornelia Dümcke

Kulturökonomin, Culture Concepts, Berlin

Prof. Dr. Manfred Erhardt

Generalsekretär des Stifterverbandes der Deutschen Wissenschaften e. V., Essen

Prof. Dr. Max Fuchs

Direktor der Akademie für musische Bildung und Medienerziehung, Remscheid

Prof. Dr. Hermann Glaser

Publizist, Roßtal

Prof. Dr. Hilmar Hoffmann

Präsident des Goethe-Institut Inter Nationes, München

Siegfried Hummel

Ehem. Kulturreferent der Landeshauptstadt München, Osnabrück

Thomas Krüger

Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Dr. Caroline Y.

Robertson-Wensauer

Geschäftsführerin des Interfakultativen Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH), Karlsruhe

Prof. Dr. Jörn Rüsen

Präsident des Kulturwissenschaftlichen Institut NRW, Essen

Mitglieder des Kuratoriums

Dr. Norbert Lammert

Kultur- und Medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin

Dr. Brita Meinicke-Kleint

Geschäftsführerin der Akademie für Kultur und Bildung, Berlin

Prof. Dr. Hermann Schwengel

Direktor des Institut für Soziologie der Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg

Dr. Raymond Weber

Direktor für Erziehung, Kultur und Sport im Europarat, Strasbourg

Projekte des Instituts für Kulturpolitik 2000

Die folgende Übersicht enthält den Titel, der/die Auftraggeber, die Laufzeit und die MitarbeiterInnen des *IfK*, die das Projekt durchgeführt haben beziehungsweise durchführen. Anschließend werden die Projekte einzeln kurz vorgestellt

Kulturpolitischer Kongress

Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und Medien \ 1/00-12/03 \ Dr. Norbert Sievers, Frauke Burgdorff, Dr. Thomas Röbbke, Bernd Wagner

Jahrbuch für Kulturpolitik: Thema bürgerschaftliches Engagement

Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und Medien \ 1/00-12/03 \ Bernd Wagner, Dr. Thomas Röbbke, Ulrike Bentz, Ralf Brünglinghaus, Dr. Doris Gau, Jörg Hausmann

Kulturpolitisches Informationssystem

Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und Medien \ 1/00-12/03 \ Bernd Wagner, Ulrike Bentz, Ralf Brünglinghaus, Jörg Hausmann

Kultur und Arbeit

(in Zusammenarbeit mit dem Institut für Bildung und Kultur, Remscheid)
Bundesministerium für Bildung und Forschung \ 10/99-9/02 \ Bernd Wagner, Ulrike Bentz, Dr. Thomas Strittmatter

Kulturpolitik als Ehrenamt

Bundesministerium für Bildung und Forschung \ 10/99-4/02 \ Dr. Angelika Kordfelder, Dr. Norbert Sievers, Dr. Thomas Strittmatter

Kultur und Kulturförderung: Nordrhein-Westfalen – Niederlande

Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen \ 5/99-3/00 \ Dr. Norbert Sievers, Dr. Doris Gau, Kurt Eichler, Franz Kröger

Neukonzeption der Förderung für die Freien und Privattheater der Stadt Köln

Stadt Köln \ 10/99-5/00 \ Bernd Wagner

Evaluation der Kultur Ruhr GmbH

Kultur Ruhr GmbH \ 10/99-3/00 \ Frauke Burgdorff, Dr. Norbert Sievers

Blickwechsel II

Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen \ 5/99-3/00 Franz Kröger, Dr. Norbert Sievers

Kulturelle Sommerprogramme in NRW

Kultursekretariat Gütersloh, Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen \ 1/00-6/00 \ Franz Kröger

Kulturelle Weiterbildung an Volkshochschulen im Land Brandenburg

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg \ 10/99-2/00 \ Bernd Wagner, Dr. Thomas Strittmatter

Wirtschaftliche Auswirkungen von Kulturausgaben

Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz \ 1/00-4/00 \ Bernd Wagner, Helmut Dzubiell, Ulrike Bentz

Zu den Kernaufgaben des *Instituts für Kulturpolitik* gehört neben der Erstellung eines Jahrbuchs zur Kulturpolitik die Durchführung eines bundesweiten Kongresses als Focus der aktuellen kulturpolitischen Debatte, der in jedem zweiten Jahr stattfinden soll. Die erste Veranstaltung in dieser Reihe wird im Juni 2001 stattfinden und hat den etwas sperrigen Titel »Kunst-Macht-Kulturpolitik«. Die Reihung der Begriffe markiert eine Beziehungsstruktur und soll zum Ausdruck bringen, dass sich die gesellschaftlichen Koordinaten künstlerischen Wirkens verschoben haben und kulturpolitisch neu gedacht werden müssen.

Das gewohnte Gefüge zwischen Deutungsmacht der Kunst, Gestaltungsmacht der Politik und Marktmacht der gewinnorientierten Betriebe hat sich zugunsten nicht-staatlicher Akteure verändert. Junge KulturproduzentInnen und KünstlerInnen binden sich immer weniger an das »Referenzsystem« staatlicher Kulturförderung, sondern verstehen sich zunehmend als UnternehmerInnen und Selbständige. Auch bei der Herstellung kultureller Angebote gewinnt der Markt eine zunehmende Bedeutung. Im Gegenzug scheint die öffentliche Kulturpolitik immer mehr darauf verwiesen zu sein, die Risse im traditionellen Gefüge der Kulturinstitutionen auszubessern und das für ihren Betrieb und ihre Erhaltung notwendige Budget zusammenzubringen.

Für eine reformorientierte Kulturpolitik, die ihren Gestaltungsauftrag ernstnimmt, kann dies nicht die Zukunft sein. Ihre Herausforderung besteht vielmehr darin, neue zeitgemäße Strukturen und Konzepte zu entwickeln, die den Veränderungen im Kultur- und Kunstbereich gerecht werden müssen. In drei zentralen Feldern sind neue Entwicklungen erkennbar: in den Produktionsbedingungen von Kunst, in der Vermittlung und Vermarktung künstlerischer Werke und Produkte sowie in der Struktur der kulturellen Öffentlichkeit, auf die sich Kulturpolitik traditionell bezieht. Die inhaltliche Struktur des Kongresses orientiert sich deshalb an diesen Begriffen und Themen, die in sechs Foren diskutiert werden sollen.

Die Foren als inhaltliche Kongressstruktur

→ Forum 1

Vom Produkt zum Prozess. Nicht reproduzierbare Kunst im 21. Jahrhundert

Kunst, vor allem die bildende Kunst, hat sich in den letzten Jahrzehnten von der Werkfixierung gelöst und ist offenes Kunstwerk (Umberto Eco) geworden. Das verlangt von den öffentlichen Kultureinrichtungen einen anderen Umgang mit Kunst. Sollen sich die Kunstmuseen z.B. stärker

»Kunst-Macht-Kulturpolitik«

*Kulturpolitischer Bundeskongress
am 7./8. Juni 2001 in Berlin*

am Produktionsprozess »Kunst« denn am fertigen Werk orientieren? Ist ihr Auftrag zur Pflege des kulturellen Erbes nicht übergewichtig geworden gegenüber der Aufnahme und Präsentation von neuen künstlerischen Entwicklungen, die gegenwärtig stattfinden? Müssen die Verhältnisse zwischen KünstlerInnen, Markt und Museum neu gedacht werden? Am Kunstmarkt dominiert nach wie vor das Tafelbild. Ist die Kunst auf einem Irrweg, wenn sie sich immer mehr von den Bedingungen ihrer Produktverwertung entfernt? Und die Kulturpolitik? Hat sie den Willen und die Möglichkeit, neue künstlerische Entwicklungen aufzuzeigen und zu fördern?

\ Ort: Friedrich-Ebert-Stiftung

→ Forum 2

Experiment statt Event? Kunst in offenen Räumen

Kulturelle Events gehören mittlerweile zum städtischen Alltag und stoßen auf breite Akzeptanz bei der Bevölkerung. KünstlerInnen entdecken zunehmend die »Stadt als Bühne«. Dadurch verändern sich die Produktionsorte und -weisen von Kunst. Experimentelles gerät bisweilen in die Defensive. Die traditionellen Kulturinstitute öffnen sich der neuen Entwicklung nur zögerlich. Was muss getan werden, um auch künstlerischen Experimenten mehr »Raum« zu geben? Wie müssen tradierte Kulturorte umgestaltet werden, um als geeignete Plattformen für neue Mischungen der Kunststile und -sparten dienen zu können? Können neue, offene Räume für Kunst geschaffen werden, in denen Experimente (wieder) möglich werden? Schließlich aber: Kann Kulturpolitik es sich überhaupt noch leisten, öffentliche Räume für das künstlerische Experiment zu schaffen, oder gerät sie immer mehr unter das »Diktat« einer Eventkultur, die Städte touristisch vermarkten soll und die Ecken und Kanten der Kunst zum Belieben des großen Publikums begradigt.

\ Ort: Konrad-Adenauer-Stiftung

→ Forum 3

Lernen von den Alten. Werte- und Wissensvermittlung an Kunsthochschulen

Ist es wieder an der Zeit, wie schon in den 60er Jahren, von einer Bildungskrise oder gar -katastrophe zu sprechen? Überall mehren sich die Stimmen, dass unser Schulsystem und unsere Universitäten nicht richtig ausbilden. Fähigkeiten und Schlüsselqualifikationen, die das Berufsleben erfordert, würden in der staatlichen Ausbildung vernachlässigt. AbsolventInnen der Hochschule würden ohne geeignetes Rüstzeug in die Berufswelt entlassen. Wie sieht es im künstlerischen Bereich aus? Sind die Ausbildungswege an den Akademien noch zeitgemäß? Entsprechen sie der heutigen Berufswelt der KünstlerInnen und berücksichtigen sie die neuen Produktions- und Vermarktungsbedingungen? Oder folgen sie noch zu sehr einem mittelalterlichen Lehrer-Schüler-Verständnis, das im Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung obsolet geworden ist? Welcher Wertekanon wird den Studierenden vermittelt?

\ Ort: Konrad-Adenauer-Stiftung

→ Forum 4

markt-weise. Kulturauftrag trotz Marketing

Die Kulturwirtschaft hat in den letzten Jahren qualitativ wie quantitativ Zuwächse zu verzeichnen. Damit haben Marktmechanismen in Kunstproduktion und -präsentation an Bedeutung gewonnen. Dagegen hält modernes Marketing nur zögerlich Einzug in den öffentlichen Kulturbetrieb. Muss sich der öffentliche Kulturbetrieb stärker hin zu modernen Management-Methoden öffnen? Brauchen wir neue Arrangements zwischen öffentlichem Kulturauftrag, bürgerschaftlichem Engagement und kulturwirtschaftlichem Unternehmergeist? Wem nützt eine Marktöffnung der öffentlichen Institute? Gibt es einen Zusammenhang zwischen »Marktförmigkeit« und »Marktgängigkeit«? Wann wird Kunst zur öffentlich getragenen »Staatskunst«, wann zur ökonomisch vermittelten »Auftragskunst«? \ Ort: Friedrich-Ebert-Stiftung

→ Forum 5

Kunst findet Stadt. Kunst – Öffentlichkeit – Öffentlicher Raum

Die Stadt ist traditionell »Bühne für Kultur« und das Terrain für unterschiedlichste Lebens- und Nutzungsformen. Der Ausbau vieler Innenstädte zu inszenierten Einkaufs- und Unterhaltungsbereichen hat z.T. zu einer Wiederbelebung der einst verödeten Zentren geführt, zugleich aber häufig vormals öffentliche Räume privatisiert und Fremdes, Ungewohntes und »Gefährliches« entfernt. Die kulturelle Heterogenität der Stadt ist

damit bedroht. Muss Kulturpolitik »Urbanität« neu denken? Welche Aufgaben haben kulturelle Einrichtungen, die in der Regel in den Zentren beheimatet sind, bei einer Revitalisierung der lebendigen Unterschiede? Welche Rolle spielen dabei die Künste im urbanen Raum? Wie verträgt sich ihre Präsenz in der Stadt mit dem Wunsch nach Überschaubarkeit und Kontrolle von Teilen der Bevölkerung? Und: Welchen Einfluss werden die elektronischen Medien auf die zukünftige Gestaltung der Stadt haben?

\ Ort: Friedrich-Ebert-Stiftung

→ Forum 6

Neues Publikum für die Kunst ... nach dem Zerfall des Bildungsbürgertums

Kulturpolitik kann heute weniger denn je von einer homogenen Öffentlichkeit und einem »angestammten« Kulturpublikum ausgehen. Sie hat es mit vielen fragmentierten Teilöffentlichkeiten zu tun, die ihre unterschiedlichsten Lebensstile ausprägen. Auch die Begriffe zerfließen. Wo hört »Hochkultur« auf, wo fängt »Pop« an? Ist diese Trennung überhaupt noch zeitgemäß? Wann soll was (noch) gefördert werden? Welches Publikum soll mit welchen Mitteln erreicht werden? Brauchen wir Strategien, um neues Publikum zu bilden und zu binden? Welche Folgen hätte eine so verstandene »nachfrageorientierte« Kulturpolitik für die Kunst? Und: Welche Rolle spielen die elektronischen Medien – insbesondere das neue Medium des Internets? Immer mehr kulturelle Informationen und künstlerische Produktionen, von der Netzkunst über die Publikation, von Büchern bis zum Download von Musikprogrammen, werden über dieses Medium angeboten. Sind wir nicht längst Akteure in einer virtuellen Öffentlichkeit, der wir angehören, ohne die Privatsphäre der Wohnung verlassen zu müssen?

\ Ort: Konrad-Adenauer-Stiftung

Der Dialog zwischen Kunst und Politik als programmatischer Anspruch

Das Verhältnis von Kunst und Politik war von jeher schwierig und sollte es auch bleiben. Als gesellschaftliche Subsysteme folgen sie einer anderen Logik und Zielbestimmung. Während Kunst auf ihren Eigensinn und ihre Autonomie bedacht sein muss, um Distanz zu bewahren gegenüber gesellschaftspolitischen Vereinnahmungsversuchen, hat Politik einen Gestaltungsauftrag auch im Sektor der Kultur. Vor diesem Hintergrund besteht das Besondere der Kulturpolitik gerade darin, den Freiheitsanspruch der Kunst und das Steuerungs- und Instrumentalisierungsinteresse

der Politik zusammenzubringen. Deshalb ist für eine Kulturpolitik, für die die Künste im Zentrum ihres Handelns stehen, der Dialog zwischen Kunst und Politik konstitutiv.

Der Neuen Kulturpolitik wird nachgesagt, dass sie das gesellschaftspolitische Interesse zu hoch bewertet und die Interessen der Künste vernachlässigt habe. Deshalb soll mit dem ersten kulturpolitischen Bundeskongress ein Zeichen für die Künste gesetzt und der Dialog zwischen KünstlerInnen und PolitikerInnen inszeniert werden. Zu Beginn und am Ende des Kongresses ist jeweils ein hochkarätig besetztes Podium vorgesehen, um eine öffentliche Diskussion zu aktuellen kulturpolitischen Fragen zu ermöglichen.

Das erste Podiumsgespräch »Die Künste und die Kunst, Kulturpolitik zu machen« wird der Frage nachgehen, in welchem neuen Verhältnis Kunst und Politik zueinander stehen und welche Rolle der Markt und der sogenannte dritte Sektor spielen. Kann Kulturpolitik zur wichtigen Mitgestalterin dieser Veränderungen werden, indem sie zu neuen Arrangements zwischen öffentlichem und privatem Bereich ermutigt? Wie können die neuen Strömungen und Tendenzen der Kunst die ihnen angemessene Aufmerksamkeit finden? Welche Orte brauchen sie? Auf welches Publikum treffen sie? Können sich Theater und Museen den gesellschaftlichen Wandlungsprozessen öffnen oder sollten sie lieber als »Arsenale des Gelungenen« fungieren? Schließlich: Welche Nähe und welche Distanz sollte heute zwischen den KünstlerInnen und der politischen Sphäre vorhanden

sein, um einerseits die Freiheit der Kunst zu schützen und andererseits die Künste mit zeitgemäßen und passenden politischen Rahmenbedingungen auszustatten?

Das Abschlusspodium am zweiten Tag »Das schönste Theater macht immer noch die (Kultur)-Politik« wird dann auf dem Hintergrund der Kongressdebatten und eingeläutet durch Beiträge des *Staatsministers für Kultur* Julian Nida-Rümelin und des Präsidenten der *Akademie der Künste* György Konrad den beabsichtigten Dialog noch einmal fokussieren auf die neuen Herausforderungen der Kulturpolitik.

KünstlerInnen fragen – PolitikerInnen antworten: Sind die heftigen Debatten um kulturpolitische Themen wie Urheberrecht, Reformen der Künstlersozialkasse, das Holocaust-Denkmal oder eine deutsche Leitkultur auch Zeichen für ein wiedererwachtes Interesse an der Kulturpolitik? Leiden KünstlerInnen ebenso unter dem Markt wie KulturpolitikerInnen? Zerstören fiskalische Engpässe kulturelles Leben und Kulturbetrieb? Wie unterhalten KulturpolitikerInnen »ihre« KünstlerInnen? Tragen KünstlerInnen auch kulturpolitische Verantwortungen? Wo liegen die Grenzen zwischen Staatskunst und Auftragskunst? Dient staatlich geförderte Kunst der Bevölkerung oder dem Volk? Fehlen der Kulturpolitik von heute noch immer die Inhalte – und wie arrangieren sich Bund, Länder und Gemeinden? Was also will Kulturpolitik heute? Braucht sie neue Konzepte nach einer langen Zeit der Konzeptionslosigkeit? Oder wird sie auf Dauer nur

Kongressdokumentation erschienen!

Shortcut Europe 1999 – Kultur und Konflikt

Berichte und Praxisbeispiele aus Europa

Rund 240 Kulturschaffende, Künstler und Kulturmanager aus insgesamt 18 verschiedenen Ländern folgten Mitte September 99 der Einladung des Fonds Soziokultur nach Weimar, um an der europäischen Konferenz »Shortcut Europe 1999« teilzunehmen. Die Veranstaltung zum Thema Kultur und Konflikt stand unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs des Europarates und wurde vom Fonds Soziokultur in Zusammenarbeit mit der Kulturpolitischen Gesellschaft, der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren und europäischen Partnern durchgeführt.

Gesellschaftliche Konflikte haben in vielen Ländern Europas immer häufiger eine kulturelle Dimension und stellen am Ausgang des

Jahrhunderts die Kulturpolitik vor neue Herausforderungen. An unterschiedlichen Konfliktlinien wie der Veränderung der Lebens- und Arbeitswelt, Fremdenfeindlichkeit oder dem Entstehen neuer Jugendkulturen wurden die Möglichkeiten kultureller Mediation und Intervention untersucht. Rund 30 Referenten – Politiker, Wissenschaftler, Kulturschaffende und Künstler – aus zehn verschiedenen Ländern Europas berichteten über ihre Erfahrungen und präsentierten ihre Projekte und Ideen.

Die Tagungsbeiträge wurden ausführlich in deutscher und englischer Sprache dokumentiert und liegen jetzt in Buchform vor (Hrsg. Norbert Sievers, Birgit Meding, Andreas Kämpf, 301 S.).



Die Publikation kann gegen eine Schutzgebühr in Höhe von DM 17,50 (einschl. Versandkosten) über die Geschäftsstelle des Fonds Soziokultur (Weberstr. 59a, 53113 Bonn, Fax 0228/2016736) bezogen werden.

noch möglichst intelligentes Krisenmanagement betreiben?

Politik trifft Kunst – Kunst trifft Politik

Das Gespräch zwischen Kunst und Politik im Rahmen des Kongresses soll jedoch nicht nur ein akademischer Diskurs sein, sondern auch in eher geselliger Atmosphäre stattfinden. Was könnte diesen Anspruch besser unterstreichen als ein Empfang im *Schloss Bellevue* beim Bundespräsidenten Johannes Rau, der sich auch in einer Rede zum

Kongressthema äußern wird, um das Verhältnis Politik und Kunst auszuloten? Und wodurch könnten informelle Gespräche besser ermöglicht werden als durch ein Kulturfest zum Abschluss des Kongresses, zu dem internationale KünstlerInnen aus Berlin ein interessantes Programm beisteuern? Dazu werden auch Akteure und Interessenten aus Berlin eingeladen, die nicht an dem Kongress teilnehmen können, damit Kunst und Politik sich auch in diesem Rahmen treffen kann.

NORBERT SIEVERS / THOMAS RÖBKE

Jahrbuch für Kulturpolitik: Thema: Bürgerschaftliches Engagement.

*Kulturstatistik, Chronik, Literatur,
Adressen*

Aufgabe des Jahrbuches ist es, zentrale Diskussionen, Daten und Ereignisse der Kulturpolitik des abgelaufenen Jahres zu dokumentieren und leicht zugänglich zu machen. Dabei soll das Jahrbuch vor allem als Plattform dienen, Perspektiven der Kulturpolitik – jenseits des hektischen Tagesgeschäfts – zu diskutieren.

Es möchte so Medium zentraler Diskussionen und Dokumentation der Kulturpolitik in einem sein und versteht sich als Ort der Reflexion kulturpolitischer Theorie und Praxis sowie als Instrument der Politikberatung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.



- Um dies zu erreichen,
- \ greift es jeweils ein besonders bemerkenswertes Thema der kulturpolitischen Diskussion als Schwerpunkt auf,
 - \ reflektiert zentrale gesellschaftliche Entwicklungen im Lichte der Kulturpolitik,
 - \ stellt zentrale Ergebnisse der kulturstatistischen Forschung zusammen und widmet der Kulturstatistik ein besonderes Augenmerk,
 - \ dokumentiert wichtige Daten und Ereignisse der Kulturpolitik des abgelaufenen Jahres,
 - \ verweist in einer umfangreichen Bibliografie auf Veröffentlichungen zur Bundes-, Landes- und lokalen Kulturpolitik und
 - \ stellt wichtige Adressen und Linklisten kulturpolitischer Akteure zusammen.

Schwerpunkt des ersten Jahrbuchs ist das Thema »Bürgerschaftliches Engagement«. Mit der Verabschiedung des neuen Stiftungsrechts und der Einrichtung der Enquetekommission des *Deutschen*

Bundestages »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« wurden auf Bundesebene politische Wegmarken gesetzt. Aber auch viele Länder, Kommunen und freie Träger ergreifen die Initiative, bürgerschaftliches Engagement besser zu fördern. Dabei spielt Kulturpolitik eine immer wichtiger werdende Rolle.

Im Jahrbuch für Kulturpolitik wird diese Diskussion fortgesetzt und fokussiert. Es enthält Beiträge von (kultur)politischen VertreterInnen der Bundes-, Länder- und Kommunalebene, von ExpertInnen aus

den Sozial- und Kulturwissenschaften sowie Akteuren aus Kulturverbänden. Die theoretischen Aufsätze werden ergänzt durch Hinweise auf Modelle, Strukturen und Rahmenbedingungen.

AutorInnen dieses Teils sind: *Wolfgang Thierse* (»Bürgergesellschaft – eine Perspektive für die kulturelle Entwicklung Deutschlands«), *Walfried Dettling* (»Politische Konsequenzen aus der Debatte um die Bürgergesellschaft«), *Rolf G. Heinze/Christoph Strünck* (»Freiwillig ins Reich der Freiheit. Vom Umgang mit dem bürgerschaftlichen Engagement«), *Annette Zimmer* (»Bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich und im Dritten Sektor«), *Joachim Braun* (»Engagement in Deutschland. Neueste Ergebnisse empirischer Sozialforschung«), *Michael Naumann* (»Stiftungsrecht und anderes: Initiativen zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements durch den Bund«), *Wilhelm Schmid* (»Politik der Lebenskunst«), *Hermann Glaser* (»Bürgergesellschaft und Kultur. Eine neues Thema mit alten Wurzeln«), *Norbert Sievers* (»Fördern ohne zu fordern«. Begründungen aktivierender Kulturpolitik«), *Olaf Zimmermann* (»Was hindert und wie fördert man bürgerschaftliches Engagement in Vereinen und Verbänden des Kulturbereiches«), *Thomas Oppermann* (»Verhandeln statt verordnen. Wie Kulturpolitik in der Bürgergesellschaft praktisch funktionieren kann«), *Gerd Harms* (»Kulturpolitik in der Bürgergesellschaft. Welche Verantwortung hat das Land?«), *Bernd Meyer* (»Die Stadt als Kommune. Die wieder entdeckte Ressource bürgerschaftliches Engagement«), *Bernd Wagner* (»Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt im Kulturbereich«), *Michael Bürsch* (»Bürgerschaftliches Engagement als Aufgabe der Politik. Zur Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages«), *Adalbert Evers* (»Es geht um mehr als das Ehrenamt. Die Zukunft des Bürger-

schaftlichen Engagements als Thema einer Enquetekommission), *Doris Gau* (»Kulturpolitik in der Bürgergesellschaft. Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich auf Länderebene«), *Olaf Schwencke* (»Europa eine Seele geben. Kulturpolitik auf dem Weg zu einer europäischen Bürgergesellschaft?«), *Christoph Weckerle* (»Debatten und Ansätze des privaten und ehrenamtlichen Engagements in der Kultur in der Schweiz«).

Hierzu gehört auch die Umfrage unter kulturpolitischen Akteuren zum Schwerpunktthema »Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur« (*Eckhardt Barthel, Norbert Lammert, Antje Vollmer, Gerhard Schüßler, Heinrich Fink, Klaus von Trotha, Ruth Wagner, Rose Götte, Christina Weiss, Hans Joachim Zimmermann, Georg Leipold, Matthias Strobel, Georg Giradet, Bernd Röhl, Rolf Derenbach, Christoph Mecking, Rolf Bolwin, Martin Roth, Volker Otto, Georg Ruppelt, Christiane Ziller*).

Neben den Beiträgen zum Schwerpunkt enthält der Band eine Chronik zur Kulturpolitik, eine Bibliographie kulturpolitischer Texte und kulturpolitisch relevante Adressen sowie zwei Aufsätze zur Kulturstatistik von *Michael Hofecker* (»Föderalismus als Herausforderung. Kulturpolitik und -statistik in Europa«) und *Michael Söndermann* (»Kulturausgaben in Deutschland 2000. Zur Lage der öffentlichen Kulturfinanzierung in Deutschland auf der Basis der neuesten Ergebnisse aus der Kulturstatistik«).

Der Band umfasst 448 Seiten und ist im Klartext Verlag in Essen (ISBN 3-88474-958-79, 38,90 DM) erschienen.

In der kulturpolitischen Praxis sind, nicht anders als in anderen Sparten, Entscheidungen permanent von möglichst breiten und soliden sowie für die Praxis aufbereiteten Informationen abhängig. Diese stehen in der Regel öffentlich, in Publikationen oder im Internet zur Verfügung. Der Zugriff auf diese Informationen erweist sich aber meist als eher umständlich. Hier soll das Kulturpolitische Informationssystem (kis) des *Instituts für Kulturpolitik (IfK)* Hilfestellungen leisten.

Dabei stehen die Sammlung und Aufbereitung von strukturierten Daten von kulturpolitischer Relevanz und deren Zurverfügungstellung in verschiedenen Medien, insbesondere im Internet im Vordergrund.

Folgende Informationen werden bisher in laufend aktualisierten Datenbanken erfasst:

Das Kulturpolitische Informationssystem (kis)

- \ Chronik kulturpolitischer Ereignisse,
- \ Kulturpolitische Bibliographie,
- \ Adressen/Kulturpolitische Akteure,
- \ Websites mit kulturpolitisch relevanten Inhalten,

- \ Kulturpolitische Tagungen,
- \ Kulturpolitische Dokumente.

Aufbereitete Auszüge wurden bisher in Publikationen des *IfK* sowie den *Kulturpolitischen Mitteilungen*, der Zeitschrift für Kulturpolitik der *Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.*, und im Internet veröffentlicht. Im Laufe des Jahres 2001 werden im Zuge der Umgestaltung der Webpräsenz von *Kulturpolitischer Gesellschaft* und *Institut für Kulturpolitik* die Datenbanken im Internet abrufbar sein.

Am Anfang stand die Arbeit an der Entwicklung eines kulturpolitischen Thesaurus, der die Grundlage sowohl für die Systematik der Bibliographie als auch für das kulturpolitische Adressverzeichnis bildet.

Darüber hinaus wurde daran gearbeitet, ein Kulturportal zu schaffen, das im Internet den Zugang zu kulturpolitischen Websites erleichtert. Neben den Aktivitäten des *Instituts für Kulturpolitik* ist im Bonner *Haus der Kultur* von verschiedenen Seiten der Wunsch nach einem gemeinsamen Auftritt im Internet geäußert worden, um zumindest das bereits vorhandene Potential zu bündeln und für den kulturpolitisch interessierten Nutzer leichter zur Verfügung zu stellen. So ist neben der vom *IfK* erstellten Startseite, die Links zu sämtlichen im Hause befindlichen Institutionen bietet, von einer Arbeitsgruppe im Hause die Seite erstellt worden. Beide bündeln den Zugang im Internet zu den im Bonner *Haus der Kultur* angesiedelten kulturpolitischen Verbänden.

Diese Aktivitäten überschneiden sich teilweise mit den im letzten Quartal des Jahres 2000 vom

Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien (*BKM*) vorgenommenen Einrichtung eines Kulturportals unter der Adresse, das am 21. Dezember der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist. Dieses Portal, für das das *Institut für Kulturpolitik* Inhalte und Hinweise beigetragen hat, soll zu einer Vernetzung der kulturpolitischen Informationen auf Bundesebene beitragen. Die sich in Vorbereitung befindenden und geplanten Internet-Aktivitäten des *IfK* werden aufgrund dieser Entwicklung derzeit neu positioniert und abgestimmt, um einerseits überflüssige Doppelarbeit zu vermeiden und andererseits die Chance zu nutzen, das Spektrum des Angebots für im kulturpolitischen Bereich Informationen Suchende zu vergrößern. So finden auch Kooperationen auf regionaler Ebene statt (etwa mit dem Kulturserver NRW), wie auch auf europäischer.

Das Internet als Informationsplattform hat in den vergangenen Jahren insbesondere durch das WWW einen enormen Zuwachs sowie eine ungeheure Breitensresonanz erfahren, und dies wird sich fortsetzen. Trotz vieler bisher ungelöster Fragen (z. B. betr. Urheberrecht) wird sich weiterhin ein wachsender Teil des Informationsaustausches hierhin verlagern bzw. ausdehnen. Die Aktivitäten des Kulturpolitischen Informationssystems, obwohl sich noch in weiten Teilen im Aufbau befindlich, werden sich daher zunehmend an den Erfordernissen und Möglichkeiten des Internet, und hier insbesondere des www, orientieren.

JÖRG HAUSMANN



Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement sind seit einigen Jahren auch im Kulturbereich ein viel diskutiertes Thema.

Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur

Der Band dokumentiert die Ergebnisse eines Forschungsprojektes, in dem am Beispiel von drei Städten und einem Landkreis die Vielfalt von Freiwilligenarbeit in der Kultur und deren Unverzichtbarkeit für das kulturelle Leben untersucht und dargestellt wird. Ergänzt werden diese Ergebnisse durch Beiträge zu anderen Forschungsprojekten sowie zu gesellschafts- und kulturpolitischen Aspekten des bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich. Ein besonderer

Schwerpunkt liegt auf der Qualifizierung ehrenamtlicher Tätigkeit sowie der Darstellung konkreter Praxisbeispiele ehrenamtlicher Arbeit in Museen, Bibliotheken, soziokulturellen Zentren und kulturellen Vereinen.

Dokumentation eines Forschungsprojektes (Dokumentation Band 55)

Das *Institut für Kulturpolitik* (Bonn) arbeitet in Kooperation mit dem *Institut für Bildung und Kultur* (Remscheid) seit Oktober 1999 an einem dreijährigen Forschungsprojekt »Kultur und Arbeit. Kulturelle Bildung als Gestaltungspotential in der sich wandelnden Arbeitsgesellschaft«, das vom *Bundesministerium für Bildung und Forschung* gefördert wird.

Hintergrund des Projektes

Arbeit befindet sich im Wandel – das ist für alle Menschen eine alltägliche Erfahrung. Die zentralen Aspekte des Wandels, der sowohl die gesellschaftlichen Akteure als auch die Individuen vor große Herausforderungen stellt, betreffen drei Dimensionen: die gesellschaftliche, die individuelle und die arbeitsbezogene:

Modernisierungsprozesse, technischer Fortschritt, Internationalisierung und Globalisierung der Wirtschaft beeinflussen u.a. Arbeitsabläufe, Arbeitsformen, Arbeitszeitstrukturen. Damit einher geht eine zunehmende Auflösung von festen Arbeitsverhältnissen. Kurzzeitbeschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit sind eine weitere Folge. Die Zahl der Selbstständigen in den verschiedenen Branchen wächst. Bürgerschaftliches Engagement gewinnt an Bedeutung, der Dritte Sektor dehnt sich weiter aus. Die Verschränkung unterschiedlicher Tätigkeiten nimmt zu.

Durch den Wandel der Arbeitsgesellschaft verstärken sich auch die Ambivalenzen, in denen sich die Individuen durch die Individualisierungs- und Enttraditionalisierungsentwicklung befinden. Die Erwerbsarbeit verliert als dominierender Orientierungspunkt, Identitätsanker und Integrationsmoment immer mehr an Bedeutung, zum Teil ist es ein erzwungener Verlust, zum Teil eine bewusst gesuchte Verlagerung.

Die Veränderungen in der Arbeit selbst beziehen sich nicht nur auf die Erwerbsarbeit, sondern auch auf das bürgerschaftliche Engagement, die Eigenarbeit und die Bildungsarbeit. Arbeitstrukturen und Abläufe haben sich zum Teil erheblich gewandelt. Selbstkompetenzen, Schlüsselkompetenzen und soziokulturellen Kompetenzen werden neben den Sachkompetenzen immer stärker benötigt.

Auch bei der Betrachtung des Zusammenhanges von Kultur bzw. kultureller Bildung und Arbeit kann man die Unterscheidung in die drei Dimensionen zur Grundlage zu nehmen.

Die gesellschaftliche Dimension lässt sich mit der These »Kultur als Feld von Tätigkeitspolitik«

»Kultur und Arbeit«



cetten, u. a. die direkte Einbindung kultureller und künstlerischer Kreativität in Arbeitszusammenhänge und die Vermittlung von kulturellen Kompetenzen im Rahmen von Weiterbildungsprozessen. Es existiert ein vielfältiges Beziehungsgeflecht von kulturellen Tätigkeiten, Erfahrungen und Methoden und ihrer Anwendung in Arbeitsprozessen und im Alltag.

Handlungsebenen des Projektes

Ziel des gesamten Projektes ist es, im Diskurs über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft die zentrale Bedeutung kulturell-künstlerischer Potentiale und kultureller Bildung hervorzuheben und durch konkrete Beispiele zu veranschaulichen.

Auf der gesellschaftlichen Ebene haben wir uns in dem Projekt das Ziel gesetzt, die kulturpolitischen Diskussionen um Kunst, Kultur und kulturelle Bildung mit gesellschaftspolitischen Debatten um die Zukunft der Arbeit zu verknüpfen.

Mit der Frage nach der »Zukunft der Arbeit« und der »Arbeit der Zukunft« beschäftigen sich heute vielfältige gesellschaftspolitische und sozialwissenschaftliche Ansätze, in die aber bisher kaum kulturpolitische und bildungspolitische Überlegungen eingeflossen sind.

Am Beginn des Projektes »Kultur und Arbeit« stand die Auswertung von Literatur zum Wandel der Arbeitsgesellschaft der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure. Diese haben wir – jeweils aus unterschiedlichen Perspektiven – in drei kommentierten *Literaturberichten* in Form von Arbeitspapieren veröffentlicht.

Ein Schritt auf dem Weg der Verknüpfung der Diskurse sind die *Werkstattgespräche*, zu denen wir TeilnehmerInnen aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen einladen. So z.B. zum ersten Werkstattgespräch im Januar 2000 nach Frankfurt am Main: Akteure der Kulturpolitik und Kulturwissenschaften, Sozial- und Erziehungswissenschaften, der Gewerkschaften und Unternehmen sowie KünstlerInnen, um mit ihnen die Konzeption des Projektes in interdisziplinärem Rahmen zu diskutieren. Die Ergebnisse des Gespräches wurde in einem Arbeitspapier dokumentiert.

Die weiteren Werkstattgespräche widme(te)n sich einzelnen Bereichen der Arbeit bzw. des Kulturtransfers in einzelne Bereiche. So fand im November 2000 ein weiteres Werkstattgespräch statt, dessen Schwerpunkt auf den Veränderungen der Erwerbsarbeit und der Schnittstelle von Erwerbsarbeit und kulturellen Kompetenzen lag. Die eingeladenen UnternehmensvertreterInnen der verschiedenen Branchen bestätigten in anschaulicher Weise die zunehmende Bedeutung kultureller

Kompetenzen, sahen in ihnen eine Voraussetzung, dass die MitarbeiterInnen die mit dem Wandel der Arbeitsgesellschaft entstandenen Voraussetzungen meistern können. Wie die Vermittlung der kulturellen Kompetenzen bzw. die Transferprozesse ausgestaltet sein können und insbesondere deren Vielfältigkeit, veranschaulichten die Praxisbeispiele, die von KünstlerInnen und KulturmanagerInnen vorgetragen wurden: von gezielt im Unternehmen durchgeführten Kunstprojekten bzw. Seminaren unter Anwendung künstlerischer Methoden im Rahmen betrieblicher Weiterbildungsprozesse bis hin zu Kunstaktionen, die die Wertehierarchie der traditionellen Arbeitsgesellschaft hinterfragen. Im zweiten *Projektinformationsdienst* wird diese Diskussion dokumentiert.

Allgemein sind die Projektinformationsdienste ein Medium, mit dem wir einen Transfer der Informationen und Erfahrungen, die im Rahmen des Projektes gesammelt werden, in die Fachöffentlichkeiten ermöglichen wollen. Die erste Nummer beinhaltete neben einer Projektskizze und einem Bericht über die Projektaktivitäten eine theoretische Auseinandersetzung mit der Frage, ob künstlerisches Handeln ein Modell für die neuen Arbeitsrealitäten sein kann.

Dem Austausch von Informationen und dem Vorstellen der Ergebnisse dient auch die *Homepage* des Projektes. Die Seiten sind über die beiden das Forschungsvorhaben bearbeitende Institute zu erreichen: und . Hier können die Konzeption und die Arbeitspapiere heruntergeladen werden, es finden sich Hinweise auf eigene Veranstaltungen, auch Tagungen und Seminare anderer VeranstalterInnen können recherchiert werden.

Mit der Durchführung eines zweitägigen bundesweiten Kongresses im Dezember 2001 mit namhaften ReferentInnen aus Politik, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Kirchen, Wissenschaft und Kultur sowie TeilnehmerInnen aus Kulturpolitik, Wissenschaft und kulturellen Praxisfeldern sowie Aus- und Weiterbildungseinrichtungen wollen wir das Thema »Kultur und Arbeit« in den allgemeinen gesellschaftspolitischen und sozialwissenschaftlichen Diskurs einbinden und die Fachöffentlichkeit für das Thema sensibilisieren.

Ein weiteres Ziel des Projektes besteht in der Untersuchung und Darstellung des Einflusses künstlerischer Arbeitsweisen und kultureller Kreativität auf die Arbeitswelt, wobei es um den unbewussten als auch den bewussten Transfer geht. Die Ergebnisse der Recherche werden in einer *Projektsammlung* vorgestellt, um diese Beispiele, die in der Regel nur auf lokaler Ebene bekannt

sind, auch einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Im Rahmen einer *Situationsanalyse vor Ort* werden konkrete Erfahrungen von Transferprozessen sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf individueller Ebene praktisch erkundet. Ziel ist dabei auch eine Untersuchung der Qualifizierungs- und Beratungsbedarfe der unterschiedlichen Akteure. Dazu haben wir exemplarisch drei Orte gewählt, die für unterschiedliche Dimensionen des Wandels der Arbeitsgesellschaft stehen. Einer dieser Orte ist die Region Südwestfalen. In Südwestfalen wurden – angeregt durch das Landesprogramm »Jahr der Industriekultur« – zahlreiche Initiativen und Projekte durchgeführt, die inzwi-

schen weit über die Integration der Industriegeschichte hinausgehen und die sich speziell auf aktuelle Veränderungen in der Erwerbsarbeit beziehen. In einige diese Projekte sind vielfältige TeilnehmerInnen auch außerhalb der Unternehmen einbezogen. Vier dieser Projekte wurden im Rahmen dieses Projektes vor Ort begleitet, beobachtet und (photographisch) dokumentiert. Am 15. Februar 2001 werden wir mit den Beteiligten dieser Projekte ein *Seminar* in Hagen durchführen, um die Erfahrungen der Akteure auszuwerten – sowohl im Hinblick auf die Perspektiventwicklung für die Region als auch auf die Möglichkeit von Übertragbarkeit dieser Modelle der Verbindung von Kultur, Kunst und Arbeitswelt.

I. Zum Projekt

Im Zusammenhang mit der Konzeption des »aktivierenden Staates« und der fast flächendeckenden Verwaltungsreform in den Kommunen gewinnen Fragen der Bürgermitwirkung und der Experten-einbeziehung – sei es in parlamentarischen Ausschüssen oder in Vereinen, Stiftungen, Beiräten, Kuratorien etc. – immer mehr an Bedeutung. Einerseits entlastet diese »Kulturpolitik als Ehrenamt« Kommunen und Staat legitimatorisch und fachlich. Andererseits begründet die Verwaltungsreform unter dem Stichwort »outsourcing« jedoch auch neue Steuerungs- und Kontrollprobleme, weil dies die Frage aufwirft, inwieweit diese ausgelagerten Bereiche noch in den Ziel- und Steuerungszusammenhang der öffentlichen Kulturpolitik einbezogen werden können. Hier bedarf es neuer Regeln und Vereinbarungen, die kontrahiert und eingeübt werden müssen.

Mit der Erforschung dieses Politikfeldes befasst sich seit Januar 2000 bis Mitte 2002 das *Institut für Kulturpolitik* der *Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.* in Bonn im Rahmen eines vom *Bundesministerium für Bildung und Forschung* geförderten Projektes mit dem Titel »Kulturpolitik als Ehrenamt«.

Wesentlich findet »Kulturpolitik als Ehrenamt« in den kommunalen Kulturausschüssen statt, deren Rolle sich im Kontext der Verwaltungsreform verändert hat: Statt einzugreifen in das operative Tagesgeschäft der Verwaltungen sollen die Ausschüsse Zielvorgaben und Leitbilder entwickeln, deren Umsetzung und



Kulturpolitik als Ehrenamt

Verwirklichung dann Aufgabe der Verwaltung ist. Dieser Rollenwechsel ist ein Lernprozess für alle Beteiligten sowohl in Politik als auch Verwaltung. Hier kann begleitende Qualifizierung Hilfestellung leisten. Im Rahmen des Projektes werden dazu modellhafte Qualifizierungsbausteine entwickelt und erprobt.

Das Projekt versteht sich inhaltlich und methodisch als Fortsetzung der vom *Institut für Kulturpolitik* bereits durchgeführten Projekte zur Kulturverwaltungsreform und zur Freiwilligenarbeit im Kulturbereich. Kulturpolitisch ist es im Kontext der Diskussion um eine »Kooperative Kulturpolitik« einzuordnen, in der es darum geht, das Zusammenwirken der kulturellen und kulturpolitischen Akteure in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zu verbessern.

II. Leistungen des Institutes für Kulturpolitik

Im Rahmen des Projektes bietet das *Institut für Kulturpolitik* in derzeit drei Städten, nämlich in

Bremen, Saarbrücken und Düsseldorf, sowie in der Region Ostwestfalen-Lippe Unterstützung an bei der Entwicklung kulturpolitischer Leitlinien bzw. von Zielen für die Kulturpolitik und die diesbezüglich grundlegenden Kontrakte mit der Kulturverwaltung. Neben Vor-Ort-Analysen finden jeweils Einführungsseminare und Workshops statt.

Allen bislang vorliegenden Erfahrungsberichten von wissenschaftlichen Begleitungen der Umsetzung von Reformprozessen in deutschen Kommunen ist zu entnehmen, dass die bisherigen Reformbemühungen vor allem binnensorientiert waren und zu wenig die Rolle der Politik berücksichtigt haben. Deshalb muss es nunmehr darum gehen, die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung in den Blick zu nehmen und die Politik in ihrer neuen Rolle im Sinne der strategischen Steuerung zu unterstützen.

Die Seminare bzw. Workshops werden unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Beteiligten vor Ort ergebnisorientiert konzipiert, organisiert, vor- und nachbereitet und vor Ort betreut. Aus den Erfahrungen der Umsetzungsbegleitung in den Modellstädten sollen allgemein übertragbare Qualifizierungsbausteine entwickelt werden, die nicht ausschließlich den Bereich der Kulturpolitik in den Blick nehmen, sondern in der Konsequenz für den gesamten Bereich kommunaler Politik von Bedeutung sein können.

Neue Steuerung in der Kommunalverwaltung hat unmittelbare Auswirkungen auf das Handeln ehrenamtlicher MandatsträgerInnen in den Kommunen und erfordert neben einem hohen Abstraktionsvermögen die Bereitschaft, sich auf neue Arbeitsweisen und Organisationsformen einzulassen. Durch die Abkehr vom Einzelfallprinzip geraten KulturpolitikerInnen gleichzeitig mehr und mehr in Legitimationszwänge gegenüber ihren WählerInnen, denn wie verdeutlichen sie künftig den BürgerInnen, wofür sie sich eingesetzt haben, wie legitimieren sie sich, wenn nicht mehr über den Einzelfall, auf den sie verweisen können?

Kulturausschüsse sollen nunmehr, wie Kommunalpolitik in anderen Politikfeldern auch, Zielvorgaben und Leitbilder entwickeln, deren Umsetzung und Verwirklichung dann Aufgabe der Verwaltung ist. Der Kulturpolitik kommt schließlich wieder die Aufgabe des »Controllings« zu. Hierin konkretisiert sich das neue Steuerungsmodell. Die Entwicklung kulturpolitischer Leitlinien erfordert einen umfangreichen und offenen, transparenten Diskussionsprozess. Die Leitlinien bilden auf hohem Abstraktionsniveau den Rahmen kulturpolitischen Handelns. Abgeleitet von diesen Leitlinien werden auf der Ebene der Ämter und Institute

Produktziele und Messgrößen zur Zielerreichung beschrieben. Die Workshops sollen bei diesem Entwicklungsprozess Unterstützung leisten.

In einer halbjährlich erscheinenden Projektzeitung wird das Projekt vorgestellt und zur Diskussion gestellt. Eine Publikation über den Prozess und die Resultate des Projektes erfolgt in einer Abschlussdokumentation.

Die erste Projektzeitung, die am 1. Juli 2000 erschienen ist, hatte die »Erstellung kulturpolitischer Leitlinien« zum Schwerpunkt. Die nächste Zeitung hat das »Netzwerkmanagement« zum zentralen Thema.

Zwischenergebnisse des Forschungsvorhabens werden auf einer Tagung am 2.-3. Oktober 2001 in der *Bundesakademie für kulturelle Bildung* in Wolfenbüttel zur Diskussion gestellt werden.

III. Bisheriger Projektverlauf

In der freien Hansestadt *Bremen* ist die Prozessbegleitung nahezu beendet. Zum 31.12.2000 hat das *Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft* nach der Durchführung eines gemeinsamen Workshops mit der *Bertelsmann Stiftung* und drei weiteren Arbeitsterminen den Entwurf kulturpolitischer Leitlinien für die Stadt Bremen gemeinsam mit den Beteiligten entwickelt und zum Jahresende zur politischen Diskussion und Beschlussfassung Politik und Verwaltung der Hansestadt zugeleitet. Ziel dieses Teilprojektes war die Prioritätensetzung in der Bremer Kulturpolitik durch die Entwicklung kulturpolitischer Leitlinien in einem partizipativen Zielfindungsprozess unter größtmöglicher Beteiligung. Bei Prozessbeginn wurde über ein Zielfocusmodell der Erfolg des Projektes mit den Beteiligten definiert und kontraktiert. In Reflektionsrunden mit MitarbeiterInnen des *Instituts für Kulturpolitik* und externer Moderation, dem *Bundesministerium für Bildung und Forschung* und einem angeschlossenen wissenschaftlichen Beirat wurde der Prozessverlauf kontrolliert und diskutiert. Die Beteiligten waren sich nach der Begleitung des *IfK* in Bremen einig, dass das Projektziel hier erreicht worden ist.

Vom Kulturdezernat der Stadt *Saarbrücken* selbst ging das Interesse an der Teilnahme am vorliegenden Projekt aus. In Saarbrücken werden die Schwerpunkte »Prioritätensetzung in der Kulturpolitik durch kulturpolitische Leitlinien unter besonderer Berücksichtigung des regionalen Kulturprofils im Sinne grenzüberschreitender Kulturpolitik« und »Zum Verhältnis von Politik und Verwaltung« gleichberechtigt nebeneinander behandelt. In einer Auftaktveranstaltung am 29.11.2000 wurden Interessenten über das Pro-

jekt und die IfK-Möglichkeiten informiert, und es fand ein erster Klärungsprozess vor Ort statt. In drei weiteren Workshops soll bis zum Sommer 2001 neben der Überarbeitung eines von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs für kulturpolitische Leitlinien ein Netzwerk Kulturpolitik initiiert werden. Hier wird es darum gehen, möglichst viele im kulturellen und kulturpolitischen Bereich Tätige zusammenzubringen in eine kulturpolitische Diskussion und weitergehende Aktivitäten anzuregen.

In Düsseldorf ist es das Ziel des Projektes, fachbereichsübergreifende neue Organisations- und Kommunikationsformen in der Kommunalpolitik zu initiieren. Am Beispiel des Themas »Kinder- und Jugendkulturarbeit« soll interfraktionell und partizipativ angelegt zusammen mit Kulturausschuss und Jugendhilfeausschuss ein Netzwerk der Kulturarbeit für junge Menschen initiiert werden. Das *Institut für Kulturpolitik* wird ab Februar 2001 mit der Unterstützung der Entwicklung kultureller Jugendbildungsprozesse beginnen. In Anlehnung an die Münchener Gesamtkonzeption Kinder- und Jugendkulturarbeit soll für Düsseldorf bis Herbst 2001 eine vernetzte Gesamtkonzeption entwickelt werden.

In Ostwestfalen-Lippe haben sich bislang 35 Museen aus eigener Initiative zusammengefunden, um gemeinsam ein Leitbild für die Museumslandschaft Ostwestfalen-Lippe zu erarbeiten. Ziel der *Museumsinitiative in OWL e. V.* ist es, dass sich möglichst viele der 140 Museen in Ostwestfalen-Lippe diesem Prozess anschließen und gemeinsam Perspektiven für die Museumslandschaft OWL entwickeln. Kompetenz und Sachverstand kommen hier zusammen und fordern durch ein neues bürgerschaftliches Engagement einen Rollen- und Perspektivenwechsel in der kommunalen wie regionalen Kulturpolitik: Kulturpolitik soll sich partizipativ ausgerichtet in der Interaktion und Kommunikation zwischen Kulturschaffenden, Kulturverwaltung und Politik entwickeln. Das *Institut für Kulturpolitik* unterstützt den Prozess durch die Begleitung von Workshops, in denen erörtert wird, inwieweit die Entwicklung kultureller Leitbilder in der Inszenierung eines bürgerschaftlichen Willensbildungsprozesses auch Teil kulturpolitischer Steuerung ist bzw. sein kann. In der Umsetzung der Arbeitsergebnisse wird es darum gehen, das nunmehr zu etablierende Netzwerk der Museen in OWL unter Einbezie-

»Kulturpolitik als Ehrenamt«

Projektzeitung 2/2000: »Netzwerk Kulturpolitik«

Nachdem wir uns in der ersten Ausgabe unserer Projektzeitung schwerpunktmäßig mit dem Thema „Kulturpolitische Leitlinien“ auseinandergesetzt haben, widmet sich die zweite Nummer dem Netzwerkmanagement in der Kulturpolitik. Vorgestellt werden bereits existierende Netzwerke wie das Münchener Modell vernetzter Kinder- und Jugendkulturarbeit ebenso wie aktuelle Ansätze von Vernetzung und Kooperation, wie sie beispielsweise derzeit die Museumsinitiative

in Ostwestfalen-Lippe e.V. für ein gemeinsames Leitbild und Marketingkonzept der Museen in OWL anstrebt. Außerdem berichten wir über den Umsetzungsstand des Projektes in den beteiligten Städten.

Interessenten wenden sich bitte an Frau Angelika Kordfelder im IfK der Kulturpolitischen Gesellschaft, Weberstr. 59 a, 53113 Bonn, Tel.: 0228 – 201 67 – 29, bzw. per E-Mail: kordfelder@kupoge.de.



lung möglichst vieler verantwortlicher Akteure auch politisch steuerungs- und handlungsfähig zu machen und aus den Aktivitäten für alle Beteiligten den größtmöglichen Nutzen zu erzielen. Die große Auftaktveranstaltung am 1. Dezember 2000 hat zu großen Presseresonanzen geführt. 250 Personen haben sich hier für die Ideen und das Engagement der *Museumsinitiative in OWL e. V.* interessiert. In zwei weiteren Workshops hat das *Institut für Kulturpolitik* bis Ende Februar 2001 die Anbindung an die kommunale Politik und die Politik in der Region unterstützt. Eine Dokumentation über das »Netzwerk Museen« ist seitens der *Museumsinitiative in OWL* in Arbeit.

IV. Über den bisherigen Projektstand in den neuen Bundesländern

In der Zeit von November 2000 bis Januar 2001 wurden in vier ostdeutschen Städten Interviews mit KulturpolitikerInnen, VerwaltungsmitarbeiterInnen und VertreterInnen der jeweiligen freien Kulturszene durchgeführt. Hierbei handelte es sich um die Städte Neubrandenburg, Görlitz, Halle und Frankfurt(Oder). Über die Interviews sollte herausgefunden werden, ob es spezifische Situationen bzw. Problemlagen in den ostdeutschen Kommunen gibt, aus denen sich ggf. ein anderer Unterstützungs- und Qualifizierungsbedarf bei den KulturpolitikerInnen ergibt als in den westdeutschen Kommunen. Bei der Auswahl der zu untersuchenden Städte war darauf geachtet worden, dass sie in verschiedenen ostdeutschen Bundesländern liegen, um Besonderheiten der jeweiligen landeskulturpolitischen Prioritäten und Spezifika berücksichtigen zu können, und dass sie unterschiedliche Entwicklungsstufen bei der

Einführung bzw. Umsetzung neuer Steuerungsmodelle erreicht haben.

Mit der Auswertung der 25 Interviews wurde deutlich, dass alle Städte, in denen die Interviews durchgeführt wurden, sich durch gemeinsame Problemlagen auszeichnen. Ihr gravierendstes Problem ist die Tatsache, dass sie seit der politischen Wende an wirtschaftlicher Bedeutung verloren und in Folge dessen mit einem geringen Steueraufkommen, hohen Arbeitslosenquoten und gravierenden negativen Abwanderungssalden zu kämpfen haben. Eine zu DDR-Zeiten großzügige Ausstattung mit kultureller Infrastruktur stellt die KulturpolitikerInnen derzeit vor die Aufgabe, zum einen dem Verfall von Altbausubstanzen Einhalt zu gebieten, zum anderen kulturelle Angebote einzuschränken. Fragen des Denkmalschutzes und der kulturellen Grundversorgung dominieren

die politische Diskussion. Mit der Vorsitzendenfunktion im Kulturausschuss geht in den westdeutschen Städten gleichzeitig ein hohes Maß an Repräsentationsaufgaben und Reputation einher, weshalb der Vorsitz durchweg von einer der großen Parteien in Anspruch genommen wird. Eine solche Priorität ist in den ostdeutschen Kommunen nicht zu verzeichnen. Der Vorsitz wird zu meist von VertreterInnen einer der kleinen Gruppen übernommen. Hieraus ergibt sich die spannende Frage, welche Wertigkeit der Kulturpolitik in den ostdeutschen Kommunen im Gesamtspektrum der Kommunalpolitik beigemessen wird.

Vor dem Hintergrund dieser ersten Ergebnisse wird das *Institut für Kulturpolitik* nunmehr beim *Bundesministerium für Bildung und Forschung* einen Aufstockungsantrag stellen, um das Projekt

Kultur und Kulturförderung: Nordrhein-Westfalen – Niederlande

Bereits 1998 hatte sich das *Institut für Kulturpolitik* der grenzüberschreitenden Kulturarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden gewidmet und in Interviews mit den kulturpolitisch Verantwortlichen vor Ort, aber auch durch die Evaluierung sogenannter Best-Practice-Modelle einen ersten Grundstein für den Kulturdialog NRW-NL und seiner weiteren Qualifizierung gelegt. Darauf aufbauend folgte 1999 – angeregt durch das *Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen* in Düsseldorf – eine Untersuchung über die Strukturen der Kulturpolitik und Kulturförderung in NRW mit dem Ziel, einen vertiefenden Einblick in die Landeskulturpolitik, ihre konzeptionelle Anlage, Programmierung und Finanzierung zu gewinnen.

Derartig vorbereitet, entwickelte sich der Gedanke, auch einen Blick auf die Kulturpolitik der Niederlande zu werfen, um aus dem Vergleich beider »Systeme« ggf. neue Erkenntnisse und Verbesserungsvorschläge für die nordrhein-westfälische Landeskulturpolitik abzuleiten. Mit der *Boekmanstichting* und dem *Duitsland Instituut* in Amsterdam konnten zudem zwei kompetente Partner gewonnen werden, die das niederländische System der Kulturpolitik und Kulturförderung bestens kennen und für den Vergleich gut arbeiten konnten. Der kulturpolitische Systemvergleich hat dabei – verkürzt – Folgendes gezeigt: Das niederländische Modell der Kulturpolitik und -förderung lässt sich als »System zentraler Planung ohne Zentralismus« charakterisieren. Hier wird »auf Abstand« gesteuert, das niederländische Kulturministerium setzt vor allem programmatische »Leitlinien«. In NRW dagegen dominiert ein »System dezentraler Verantwortung«. Hier vollzieht sich die kulturpolitische Steuerung eher auf Umwegen, auf Grund der kommunalen Kulturhoheit nicht selten über finanzielle Anreize.

Ein Resultat dieser intensiven Forschungs- und Kooperationsarbeit war schließlich ein gemeinsamer Kongress im November 1999 in Maastricht. Neben der Vorstellung und Reflexion beider »Systeme« zum gegenseitigen Nutzen galt die Tagung aber auch einer weiteren Intensivierung des gegenseitigen Kulturaustausches. Vor diesem Hintergrund wurde den verschiedenen Modellen und Beispielen grenzüberschreitender Kulturar-

beit ebenfalls breite Aufmerksamkeit gewidmet. Neben der Schaffung »kompatibler« Förderstrukturen beiderseits der Grenze und einer Harmonisierung des entsprechenden Steuerrechts galt das Augenmerk der TeilnehmerInnen vor allem der besseren Einbindung und Partizipation der KünstlerInnen und KulturarbeiterInnen in den grenzüberschreitenden kulturpolitischen Planungs- und Entscheidungsprozess.

Bis zum Spätsommer 2000 erfolgte dann die abschließende Zusammenstellung und Abstimmung der Forschungsergebnisse zur beiderseitigen Landeskulturpolitik sowie die Fertigstellung

der entsprechenden Tagungsdokumentation. Die Kooperationspartner in Amsterdam und Bonn praktizierten dabei selbst ein Stück Kulturaustausch und Kulturdialog. Das Resultat ihrer Arbeit, die durchgängig zweisprachig gehaltene Publikation »Cultuur over Grenzen – Kultur über Grenzen: NL/NRW«, konnte schließlich Ende September 2000 sowohl dem NRW-Kulturminister Michael Vesper als auch seinem niederländischen Kollegen, dem Staatssekretär für Kultur Rick van der Ploeg, im Rahmen einer kleinen Feierstunde auf »Zeche Zollverein« in Essen überreicht werden.

Nach ähnlichen Aufträgen der *Kulturpolitischen Gesellschaft* in Hannover, Münster und Stuttgart in vorhergehenden Jahren wurde das *Institut für Kulturpolitik* vom *Kulturamt der Stadt Köln* mit der Aufgabe betraut, die Stadt bei der Neustrukturierung der Theaterförderung für die Freien und Privattheater in Köln zu beraten und zu unterstützen. Nach vorbereitenden Gesprächen der Kölner Theaterreferentin und dem beteiligten *IfK*-Mitarbeiter mit der Kulturdezernentin, kulturpolitischen SprecherInnen der Ratsfraktion und der Vorstellung des Vorhabens auf einer Versammlung der professionellen Kölner Theater mit und ohne Spielstätten (ohne die Städtischen Bühnen) wurden mittels eines Fragebogens Daten über die wirtschaftlichen Bedingungen, die Auslastungen und Beschäftigungsverhältnisse sowie die konzeptionellen Ziele bei den Theatern erhoben. Auf dieser Grundlage fanden leitfadengestützte Interviews in Einzel- und teilweise und Gruppengesprächen mit den Theatern statt, in deren Mittelpunkt die Einschätzung der bisherigen Förderung und die Wünsche für ihre Verbesserung standen. Die Auswertung der Fragebögen und der Gesprächsinterviews mit den Theatern bildete die Basis für ein Diskussionspapier der Theaterreferentin, des Kulturamtsleiters und dem *IfK*-Mitarbeiter zur Situation der Theaterszene in Köln mit ihren Stärken und Schwächen und mit den daraus erarbeiteten Vorschlägen für ein verändertes Förderkonzept.

Ausgangspunkt bei den Änderungen zur Förderstruktur ist die Absicht, dass »die Förderung freier professioneller Theater nicht mehr als Fortführung einer als organisch verstandenen Struktur betrieben wird, sondern auf Grund kulturpoli-

Neukonzeption der Förderung für die Freien und Privattheater der Stadt Köln

tischer Zielsetzungen und begründeter Prioritäten erfolgen (soll). Ohne die Nennung von Zielen der Theaterförderung ist eine Entscheidung, welche Theater in Zukunft stärker beziehungsweise nicht mehr gefördert werden sollen, nicht zu treffen.«

Dies erfordert von der Kulturpolitik die Formulierung von inhaltlichen Leitzielen der Förderung mit Festlegung von Förderschwerpunkten und Förderkriterien. Um das Ziel einer Qualitätsverbesserung der Theaterarbeit zu erreichen, soll die Förderung konzentriert und teilweise in anderen Formen stattfinden.

Die ersten Überlegungen für eine neue Förderstruktur wurden mit den Ratsfraktionen und auf einer erneuten Versammlung der Kölner Theater, bei letzteren teilweise sehr kontrovers, diskutiert.

Nach Überarbeitung und Berücksichtigung der in diesen Gesprächen und Diskussionen zusätzlich gewonnenen Aspekte legte die Verwaltung den Entwurf des neuen Förderkonzeptes vor, der in zwei weiteren Versammlungen mit den Vertre-

terInnen der Theatern und Fraktionen vorgestellt, diskutiert und nach Einarbeitung weiterer Änderungsvorschläge Anfang Dezember an den

Rat weitergeleitet wurde, wo er inzwischen verabschiedet worden ist. Der gesamte Prozess hat ca. ein Jahr gedauert. BERND WAGNER

Evaluation Kultur Ruhr GmbH

Die *Kultur Ruhr GmbH* ist im Kontext der Regionalen Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen als Verband von drei Organisationen (*Internationale Bauausstellung Emscherpark GmbH*, *Kommunalverband Ruhrgebiet*, *Verein Pro Ruhrgebiet*) im Jahr 1997 entstanden. Es war und ist ihr Ziel, im Ruhrgebiet herausragende Kulturergebnisse zu ermöglichen sowie strukturbildende und vernetzende Maßnahmen einzuleiten, um die regionalen Kräfte zu bündeln und mit internationalen Entwicklungstendenzen zu verbinden. Von 1998 - 2000 standen ihr dabei insgesamt 30 Mio. DM an Projektmitteln zur Verfügung.

Nach der dreijährigen Startphase hat der Aufsichtsrat der *Kultur Ruhr GmbH* den Beschluss gefasst, die bisherige Arbeit zu evaluieren, um die Fördertätigkeit und -wirksamkeit zu überprüfen und um die Anschlussfinanzierung durch das Land NRW zu sichern. Er beauftragte damit im September 1999 das *Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.*, das seinerseits mit dem *Sekretariat für Zukunftsforschung* Gelsenkirchen (namentlich Frauke Burgdorff) und dem Supervisor und Unternehmensberater Dr. Thomas Steinert aus Hannover zusammenarbeitete. Als Abschlusstermin wurde der 31. März 2000 festgelegt.

Der Begriff der Evaluation ist für das Projekt insofern nicht ganz stimmig, als es nicht so sehr um eine Erfolgskontrolle der von der *Kultur Ruhr GmbH* geförderten Projekte ging, sondern eher um eine Moderationshilfe mit dem Ziel der Konsensfindung sowie um die Erarbeitung einer Ideenskizze zur weiteren organisatorischen Entwicklung der GmbH im Kontext der kulturpolitischen Rahmenbedingungen. Dieser Anspruch wurde methodisch umgesetzt durch eine Kombination aus prozessbegleitender Analyse (»formative Evaluation«) und ideenentwickelnder Zukunfts-

werkstatt. Konkret handelte es sich also um ein Projekt der Politikberatung, das sich in folgende Arbeitsschritte gliederte:

- \ Analyse der kulturpolitischen Rahmenbedingungen und der Organisationsgeschichte (einschließlich der Akteurskonstellationen und Ziele) anhand vorliegender Texte, Dokumente und Materialien,
- \ Befragung von 23 relevanten ExpertInnen inner- und außerhalb der *Kultur Ruhr GmbH* anhand eines teilstandardisierten Interviewleitfadens zur Beurteilung der Struktur, Konzeption und Wirksamkeit der *Kultur Ruhr GmbH*,
- \ Zusammenfassung der Zwischenergebnisse in einem Bericht und Auswertung bzw. Diskussion derselben mit dem projektbegleitenden Arbeitskreis,
- \ Durchführung einer Zukunftswerkstatt unter professioneller Moderation am 10. Februar 2000 mit insgesamt 24 TeilnehmerInnen aus allen Gremien/Arbeitsfeldern der GmbH,
- \ Auswertung der Werkstatteergebnisse und Erarbeitung von konzeptionellen und organisatorischen Entwicklungsvarianten für eine eventuelle Neuorganisation der *Kultur Ruhr GmbH*,
- \ Zusammenfassung der Evaluationsergebnisse in einem Abschlussbericht (87 S.) und Aufarbeitung eines Modells der Neuorganisation nach einer Diskussion und Auswertung der Projektergebnisse im Aufsichtsrat.

Alle konzipierten Arbeitsschritte konnten mit Erfolg durchgeführt werden. Es ist auch gelungen, ein im Aufsichtsrat der GmbH konsensfähiges Strukturmodell für die Zukunft der *Kultur Ruhr GmbH* zu entwickeln. Allerdings wurde dabei die »Rechnung ohne den Wirt gemacht«, denn die Landeskulturpolitik hatte wohl schon damals Größeres im Sinn: ein Ruhr-Festival, das international seines Gleichen sucht. Dabei war der Rahmen der *Kultur Ruhr GmbH* offenbar zu eng und vor allem zu nah an den Interessen der Kommunen organisiert. Dennoch darf unterstellt werden, dass auch der neue Plan einer »Ruhr-Triennale« mit Gérard Mortier als Intendant an der Spitze nicht völlig losgelöst von den Überlegungen, die die »Evaluation der Kultur Ruhr« bewirkt hat, entstanden ist.

NORBERT SIEVERS

Bereits in der Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Landesregierung Nordrhein-Westfalens von 1995 wird die »Regionale Kulturpolitik« als eigenständiges Aufgabenfeld der Landeskulturpolitik genannt. »Regionale Kulturpolitik« markiert dabei eine neue Ebene zwischen Land und Kommunen, will die Städte zur intensiveren kulturellen Kooperation anstiften und so die kulturelle Praxis insgesamt weiter qualifizieren. In einem aufwendigen diskursiven Verfahren wurden dazu 10 Regionen gebildet, die das Land – über jeweils spezifische Profile – historisch, kulturell und ökonomisch prägen. Die kulturellen Stärken der Regionen sollen dabei herausgestellt und mögliche Kooperationen mit anderen Politikfeldern entwickelt werden. Als organisatorischer Kern der kulturellen Profilierungsarbeit dient jeweils eine regionale Koordinierungsstelle, die die Aktivitäten bündelt und weiterentwickelt.

Um diesen Kulturregionen des Landes ein »Sprachrohr« zu geben, aber auch um den Prozess der Regionalen Kulturpolitik insgesamt einer kontinuierlichen (Selbst-)Überprüfung auszusetzen, wurde zudem ein eigenes Periodikum konzipiert, der »BLICKWECHSEL. Forum Regionale Kulturpolitik NRW«. Redaktionell betreut vom *Institut für Kulturpolitik (IfK) der Kulturpolitischen Gesellschaft*, erscheint der BLICKWECHSEL jährlich in einer Auflage von 40.000 Exemplaren und einem Umfang von 16 Seiten. In der Zeitung im DIN A 3-Format erhalten die Regionen jeweils auf einer eigenen Seite die Gelegenheit, ihre kulturelle

Schon zur Zeit des Jahreswechsels 1998/99 entstand der Plan, die kulturellen Sommerprogramme in Nordrhein-Westfalen einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Immerhin gibt es kaum eine Stadt in Nordrhein-Westfalen über 30.000 EinwohnerInnen, die nicht mit speziellen kulturellen Aktivitäten »umsonst & draußen« das kommunale Kulturangebot in den Sommermonaten gestaltet. Zudem war bei ersten Vorgesprächen (u. a. mit dem *Kultursekretariat Gütersloh*) deutlich geworden, dass bei vielen Akteuren und Verantwortlichen vor Ort trotz dieser Konjunktur ein gewisses Unbehagen darüber vorherrscht, ob denn die kulturelle Praxis weiterhin der kulturpolitischen Begründung standhält.

Vor diesem Hintergrund vereinbarten die Kooperationspartner (*Stadt Hagen, Stadt Unna, Kultursekretariat Gütersloh, Kulturpolitische Gesellschaft*), das *Institut für Kulturpolitik* damit zu

Blickwechsel II

Qualifizierungs- und Vernetzungsarbeit vorzustellen sowie die weiteren Kulturperspektiven der Region zu skizzieren. Darüber hinaus werden im BLICKWECHSEL die entsprechenden programmatischen Überlegungen der Landeskulturpolitik, ihre Erfolge und Hindernisse dargelegt.

Die erste Ausgabe der Zeitung erschien im Frühjahr 1999 und stieß auf breite Zustimmung. Sowohl die konzeptionellen Überlegungen zur Regionalen Kulturpolitik des Landes als auch die Präsentation der Kulturarbeit in den Regionen wurden als Angebot zum Kulturdialog zwischen den verschiedenen Akteurebenen verstanden. BLICKWECHSEL II folgte im Sommer 2000 und war im Unterschied zur ersten Ausgabe stärker reflexiv angelegt. Hier wurde eine erste Bilanz gezogen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des im Zuge der Landtagswahlen im selben Jahr vollzogenen Ministerwechsels in NRW – und größere Aufmerksamkeit auf die Nachhaltigkeit der kulturellen Maßnahmen gelegt. Im Herbst 2001 wird voraussichtlich BLICKWECHSEL III erscheinen.

FRANZ KRÖGER

Kulturelle Sommerprogramme auf dem Prüfstand

beauftragen, dem Gesamtkomplex eine grundsätzlichere Aufmerksamkeit zu widmen, d.h. »Kulturelle Sommerprogramme auf den Prüfstand« – so der Untertitel des Gesamtprojekts – zu stellen.

Herausgekommen ist dabei ein aufeinander aufbauender Komplex von Tagungsreihe (a), Wei-

terbildungsangebot (b), Evaluation (c) und Dokumentation (d) der Gesamthematik:

a) Eine Tagung in Schwerte (»Prüfstand I«) zu den Erscheinungsformen und Grundlagen kultureller Sommerprogramme im Herbst 1999 machte dabei den Anfang. Hier ging es vor allem um die Binnensicht der ProgrammacherInnen, der KünstlerInnen und der kulturpolitisch Verantwortlichen. Ein Symposium in Unna (»Prüfstand II«) im Frühsommer 2000 widmete sich vor allem der kritischen Reflexion der Entwicklungsgeschichte »Kultureller Sommerprogramme« am Beispiel von »25 Jahre Sommertime«. Hier wurde zuvorderst der konzeptionelle Kontext des »umsonst & draußen«-Angebots im Rahmen der Neuen Kulturpolitik thematisiert. Eine Veranstaltung in Hagen (»Prüfstand III«) im Januar 2001 beendete vorerst die Tagungsreihe. Hier stand vor allem die Funktion Kultureller Sommerprogramme im Zusammenhang von Kultur und Stadtentwicklung im Zentrum des Erkenntnisinteresses.

b) Parallel zum Tagungsgeschehen wurde ein Weiterbildungsangebot (»Sommerprogramm und Selbstevaluation«) im Rahmen des FOCUS-Programms des *Kultursekretariats Wuppertal* entwickelt und im Herbst 2000 durchgeführt. Für den Spätsommer 2001 ist zudem an eine Fortführung gedacht. Die Thematik wird derzeit noch mit den Kooperationspartnern abgestimmt.

c) Prozessbegleitend wurde zudem im Jahr 2000 eine Umfrage bei ausgewählten Kommunen in NRW gestartet, bei der diese Aussagen zu Umfang, Qualität, Zielsetzung etc. ihres Sommerprogramms machten. Die Ergebnisse dieser empirischen Studie wurden außerdem als Heft 8 in der Materialienreihe des *IfK* veröffentlicht.

d) Zudem ist daran gedacht, die zentralen Aufsätze der Tagungsreihe sowie weiteres Grundlagenmaterial in einer gesonderten Dokumentation zusammenzustellen und im Sommer 2001 zu veröffentlichen.

FRANZ KRÖGER

Kulturelle Weiterbildung an Volkshochschulen in Brandenburg

Das Projekt wurde von der *Volkshochschule Albert Einstein* in Potsdam gemeinsam mit dem *IfK* und unter Mitarbeit von Vertreterinnen der Volkshochschulen in Teltow-Fläming, Prignitz und Spree-Neiße sowie des *Brandenburgischen Volkshochschulverbandes* im Herbst/Winter 1999 durchgeführt. Finanziert und initiiert wurde es vom *Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg*.

Ausgangsthese des Projektes war die Einschätzung, dass »wie alle Inhaltsfelder der Weiterbildung die kulturelle Weiterbildung einem nicht zu unterschätzenden Paradigmenwechsel in den alten und jungen Ländern (unterliegt)«. (Projektbeschreibung, S. 1) Die Untersuchung sollte vor allem

- \ »die Nachfragestrukturen in der kulturellen Weiterbildung sichten,
- \ aktuelle Teilnahmetrends ausweisen und leitmotivisch untersetzen,
- \ Freizeitverhalten und Weiterbildungsarbeit regionalspezifisch bewerten,
- \ methodisch-didaktische Prozesse in der kulturellen Bildung erfassen ...«

Für das Projekt wurden vier VHS ausgesucht, die unterschiedliche Gebiete des Landes Brandenburg repräsentieren. Gemeinsam mit VertreterInnen der beteiligten Volkshochschulen und dem brandenburgischen Volkshochschulverband sowie anderer Weiterbildungsinstitutionen sind drei unterschiedliche Fragebögen erarbeitet worden.

Schriftlich befragt wurden die Fachbereichsleitungen beziehungsweise Programmverantwortlichen für kulturelle Bildung in allen brandenburgischen Volkshochschulen, die KursleiterInnen im Bereich kulturelle Bildung in den vier ausgewählten Volkshochschulen und TeilnehmerInnen ausgewählter Kurse kultureller Bildung in den vier VHS. Darüber hinaus fanden Interviews mit Bereichs- und KursleiterInnen in den vier genannten Volkshochschulen statt. Erhebungszeitraum war das Wintersemester 1998/99.

Die Auswertung der schriftlichen Umfragen und der Interviews sowie weitere kleinere Beiträge zu dem Projekt und die Fragebögen liegen im Heft 7 der *Materialien des Institut für Kulturpoli-*

tik der *Kulturpolitischen Gesellschaft* vor (86 Seiten, 10,00 DM).

Als Fazit wird in der Studie u. a. festgehalten, dass die kulturelle Weiterbildung in den untersuchten Regionen einen unterschiedlich stark ausgeprägten, insgesamt jedoch wichtigen Teil der Weiterbildungsangebote der Volkshochschulen darstellt.

Für dieses insgesamt gut nachgefragte Weiterbildungsangebot wurden allerdings schon auf Grund des relativ hohen Altersdurchschnitts der KursteilnehmerInnen und des weitgehenden Fehlens der jüngeren Generationen Handlungsbedarf in der kulturellen Bildung festgestellt. Eine besondere Bedeutung liegt hierbei auf Fragen der Akzeptanz und des Verständnisses verschiedener kultureller Identitäten und des Umgangs mit den

neuen Medien. Insgesamt wird festgestellt, dass Ansätze zur Modernisierung der Erwachsenenbildung, sowohl hinsichtlich der Angebote als auch der Vermittlungsformen in den untersuchten Volkshochschulen nur relativ selten zu erkennen sind.

»Trotz der«, so die abschließende Einschätzung, »hohen Zufriedenheit der TeilnehmerInnen an den Kursen zur kulturellen Bildung bei den befragten Volkshochschulen und den vergleichsweise wenigen Kritiken, stehen die Volkshochschulen wie viele andere Kultur- und Bildungseinrichtungen vor der Aufgabe, ihre bisherige Arbeit zu überprüfen und neue Wege einzuschlagen.«

BERND WAGNER, THOMAS STRITTMATTER

Gegenstand dieses Projekts war die Erstellung eines Literaturberichts zu den »wirtschaftlichen Auswirkungen von Kulturausgaben«. Hintergrund der Auftragsvergabe durch des *Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen* des Landes Rheinland-Pfalz waren Überlegungen zu einer Evaluation des »Kultursommer Rheinland-Pfalz«, dem im Rahmen der Landeskulturpolitik eine wichtige Rolle zukommt. Dabei sollte die Evaluation und die Vorstudie in Form eines Literaturberichts sich auf die Überprüfung der Effizienz des Mitteleinsatzes im Verhältnis zur Zielerreichung beziehen. Andere Formen der Evaluation, etwa inwieweit die inhaltlichen Ziele erreicht werden oder ob die Art der Umsetzung dieser Ziele effektiv ist, waren nicht Gegenstand der Vorstudie.

Studien zu den wirtschaftliche Effekten von Kulturausgaben gibt es im deutschsprachigen Raum seit Anfang der 80er Jahre. Diese mit dem Fachbegriff »Umwegrentabilitätsstudien« bezeichneten Untersuchungen kommen seither weitgehend übereinstimmend zu einem für die kulturellen Institutionen positiven Ergebnis: Die jeweils betrachteten künstlerischen und kulturellen Aktivitäten leisten einen beträchtlichen Beitrag zum Einkommen und zur Beschäftigung in der Untersuchungsregion, der die erhaltenen öffentlichen Mittel teilweise erheblich übersteigt.

Der Versuch, Kulturausgaben ökonomisch zu begründen, stieß allerdings schnell an argumentative Grenzen. Ursache hierfür sind neben methodischen Problemen im ökonomischen und außerökonomischen Bereich, vor allem die im Zusammenhang mit den Untersuchungsergebnissen öfter auftretende Vernachlässigung kulturpoliti-

Wirtschaftliche Auswirkungen von Kulturausgaben

scher und gesamtgesellschaftlicher Begründungen öffentlicher Kultur- und Kunstförderung. Aber auch ökonomisch gab und gibt es Einwände an diesen wirtschaftlichen Effektivitätsberechnungen.

Im Einleitungsteil des Literaturberichts wird auf die Entwicklung der »Umwegrentabilitätsberechnung« im Kulturbereich, ihre Aussagefähigkeit und die Kritik daran eingegangen und anschließend werden ausgewählte Studien vorgestellt. Dabei werden im Darstellungsraster das Ziel, die Datenquellen und Untersuchungsmethode sowie die Ergebnisse kurz zusammengefasst. Skizziert werden folgende Studien: »Salzburger Festspiele 1981«, »Neuss 1988«, »Fürth, Ludwigsburg, Nienburg, Rosenheim 1992«, »Brunsbüttel, Hilchenbach, Langen, Reinbeck, Waldkraiburg, Wiesloch 1993«, »Göttingen 1995«, »Salzburger Festspiele 1995«, »Dresden 1997«, »Bayreuther Wagner Festspiele 1998«, »Schleswig-Holstein Musikfestival 1998« und »Leipziger Bachfest 1999«.

BERND WAGNER

Bernd Wagner
wissenschaftlicher Leiter des *Instituts für Kulturpolitik (IfK)* geb. 1948; Studium der Erziehungs- und Sozialwissenschaften in Frankfurt am Main; langjährige Tätigkeit im Verlagsbereich und als kulturpolitischer Publizist; seit Anfang der 90er Jahre erst freie, dann feste Mitarbeit bei der *Kulturpolitischen Gesellschaft*; (Schwerpunkte der Institutsarbeit 2000: Jahrbuch für Kulturpolitik, Kulturpolitisches Informationssystem, Kultur und Arbeit, Publikationen)

Dr. Norbert Sievers

versität in Bonn; danach Ausbildung zum Systemprogrammierer; Anfang der 90er Jahre freiberuflicher Mitarbeiter des *Zentrums für Kulturforschung*, später Mitarbeiter des *Deutschen Kulturrat*, seit Juli 2000 Mitarbeiter des *Institut für Kulturpolitik*. (Schwerpunkte: Kulturpolitisches Informationssystem, Internet, Publikationserstellung, Datenbanken)

Frauke Burgdorff
geb. 1970; Studium der Raumplanung in Kaiserslautern und Dortmund, danach Mitarbeiterin bei der *Studiegroup Omgeving* in Antwer-

tischen Gesellschaft. (Schwerpunkte: Kulturpolitisches Informationssystem, Redaktion und Produktion von Publikationen inkl. der *Kulturpolitischen Mitteilungen*, Internet, Datenbanken)

Dr. Angelika Kordfelder
geb. 1955; Ausbildung zur Verwaltungsbeamten, Studium der Sozialarbeit und Erziehungswissenschaft an der Universität Gesamthochschule Essen, danach Erwachsenenbildung und Lehrbeauftragte beziehungsweise wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Gesamthochschule Essen; seit 1994 Mitglied im Rat der Stadt Essen; ab 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin des *IfK*. (Schwerpunkt: Kulturpolitik als Ehrenamt)

Franz Kröger
geb. 1957; Studium der Sozialwissenschaften und Geschichte für das Lehramt an der *Universität Bielefeld*; Referendariat und Lehrtätigkeit an Schulen in Oberhausen, Unna und Ratingen; seit 1986 frei Mitarbeit und ABM, ab 1990 feste wissenschaftliche Mitarbeit bei der *Kulturpolitischen Gesellschaft* beziehungsweise beim *IfK*. (Schwerpunkte: Regionale Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen, Kulturpolitikvergleich Nordrhein-Westfalen – Niederlande, Kulturelle Sommerprogramme)

Dr. Thomas Röbbke
geb. 1957; Studium der Soziologie, Politologie und Neueren Geschichte an der *Universität Erlangen*; danach wissenschaftlicher Mitarbeiter an der *Universität Erlangen – Nürnberg* und der *Universität Bamberg*; seit 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter des *Instituts für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA)* in Nürnberg; Gutachtertätigkeit für Landes- und Bundesministerien sowie Kommunalverwaltungen, seit 1999 als Experte für den *Europarat* und freier wissenschaftlicher Mitarbeiter des *IfK* tätig. (Schwerpunkte: Jahrbuch für Kulturpolitik, Bundeskongress)

Dr. Thomas Strittmatter
geb. 1949; Studium der Kulturwissenschaft und Literaturwissenschaft an der *Humboldt-Universität zu Berlin*; Ende der 70er Jahre Mitarbeiter

Festangestellte und freie MitarbeiterInnen des Instituts für Kulturpolitik (IfK)

Geschäftsführer und wissenschaftlicher Projektleiter des *Instituts für Kulturpolitik*; geb. 1954; Studium der Soziologie in Bielefeld; seit 1982 erst als Sekretär, später als Geschäftsführer der *Kulturpolitischen Gesellschaft* tätig; darüber hinaus Geschäftsführer des *Fonds Soziokultur* und Vertreter der *Kulturpolitischen Gesellschaft* im *Deutschen Kulturrat*. (Schwerpunkte: Kulturpolitischer Kongress, Kultur und Kulturförderung Nordrhein-Westfalen – Niederlande, Kulturpolitik als Ehrenamt)

Ulrike Bentz
geb. 1974; Studium der Angewandten Kulturwissenschaften an der *Universität Lüneburg* und der *Högskolan Växjö* (Schweden), Mitarbeit bei einer Kulturveranstaltungshalle in Lüneburg; 1998 erst freie, dann feste wissenschaftliche Mitarbeiterin des *Instituts für Kulturpolitik*. (Schwerpunkte: Kultur und Arbeit, Bürger-schaftliches Engagement in der Kultur, Kulturpolitik in den Neuen Bundesländern)

Ralf Brünghaus
geb. 1957; Studium der Politologie, Soziologie und Psychologie an der *Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Uni-*

pen und wissenschaftliche Angestellte beim *Sekretariat für Zukunftsforschung* in Gelsenkirchen; 2000 Referentin der *Kulturpolitischen Gesellschaft* in Bonn (Schwerpunkte: Verbandsarbeit und Tagungskonzeption), seit 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der *Euregionale 2008* in Aachen.

Dr. Doris Gau
geb. 1956; Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Köln, danach wissenschaftliche Mitarbeiterin am *Institut für angewandte Sozialforschung der Universität zu Köln*; seit den 90er Jahren freie Mitarbeit bei Projekten der *Kulturpolitische Gesellschaft* und des *IfK*. (Schwerpunkte: Kultur und Kulturförderung Nordrhein-Westfalen – Niederlande, Jahrbuch für Kulturpolitik)

Jörg Hausmann
geb. 1954; Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften an der *Ruhr-Universität Bochum*, Tätigkeiten in diversen historischen Projekten und Kulturinitiativen, seit 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter der *Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.* beziehungsweise des *IfK* der *Kulturpoli-*

Bernd Wagner

Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojektes, (Hrsg.), Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Dokumentation 55), 328 Seiten

»Kulturelle Bildung als Gestaltungspotential in der sich wandelnden Arbeitswelt«, in: Mathias Fechter/Margret Krannich (Hrsg.): *Gesellschaftliche Perspektiven – Arbeit · Geschlecht · Natur · Neue Medien. Jahrbuch der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie, 2000*, Essen: Klartext Verlag (Schriftenreihe der HDGÖ, Band 12) 2000, S. 32 - 48

»Kulturpolitik im Agenda-Prozess«, in: Evangelische Akademie Iserlohn (Hrsg.): *Zukunft ist ein kulturelles Programm. Kulturpolitik im Agenda-Prozess*, Iserlohn: Institut für Kirche und Kultur 2000, S. 27 - 42

»Potentiale der Zivilgesellschaft – Freiwilliges Engagement im Kulturbereich«, in: Annette Zimmer/Stefan Nährlich (Hrsg.): *Engagierte Bürgerschaft, Tradition und Perspektiven*, Opladen: Leske + Budrich (Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor, 1) 2000, S. 105 - 122

»Freiwilligenarbeit im Kultursektor. Zukunftsressource der Kulturpolitik?«, in: Hans-Peter Burmeister (Hrsg.): *Kulturpolitik in der »Berliner Republik«. Das Verhältnis von Föderalismus, nationalen Aufgaben und europäischer Integration*, Loccum: Evangelische Akademie, 2000, S. 106 - 116

»Zur gegenwärtigen Situation in der Kulturpolitik«, in: *Humanismus Aktuell*, Heft 6 (2000), S. 35 - 38

»Zwischen Sparrwängen und Kulturevents«, in: *KMM Zeitschrift für Kultur- und Medienmanagement*, Heft 2 (2000), S. 55 - 58

»Multikultur als Leitkultur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 91 (IV/2000), S. 36 - 43

»Zivile Bürgergesellschaft – Leere Worthülse«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 90 (III/2000), S. 38 - 44

»Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kulturarbeit«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 89 (II/2000), S. 36 - 41

– /Strittmatter, Thomas: *Kulturelle Weiterbildung an Volkshochschulen im Land Brandenburg*, Bonn: Institut für Kulturpolitik (Materialien 7), 86 Seiten

Norbert Sievers

»Netzwerk Kulturpolitik. Begründungen und Praxisbeispiele«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 90 (III/2000), S. 31 - 38

– /Meding, Birgit/Kämpf, Andreas (Hrsg.): *Shortcut Europe. Kultur und Konflikt/Culture and Conflict, Berichte und Projektbeispiele aus Europa/Reports and Project Examples from Europe*, Bonn: Fonds Soziokultur 2000, 301 Seiten

–/Kurt Eichler/Doris Gau/Franz Kröger: »Kulturpolitik und Kulturförderung in NRW«, in: Boekmanstichting/Kulturpolitische Gesellschaft/Duitsland Instituut Amsterdam (Hrsg.): *Cultuur over Grenzen: NL en NRW – Kultur über Grenzen: NRW und NL*, Amsterdam/Bonn, 2000, S. 96 - 147

»Im Westen was Neues. Perspektivenwechsel in der Landeskulturpolitik NRW?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 88 (I/2000), S. 4 - 6

Amsterdam (Hrsg.): *Cultuur over Grenzen: NL en NRW – Kultur über Grenzen: NRW und NL*, Amsterdam/Bonn, 2000, S. 96 - 147

Thomas Röbbke

Kunst und Arbeit. Künstler zwischen Autonomie und sozialer Unsicherheit, Essen: Klartext 2000, 248 Seiten

»Kultur und Konflikt – Chancen der Soziokultur/Culture and Conflict – Opportunities for Socio-Culture«, in: Birgit Meding, Norbert Sievers, Andreas Kämpf (Hrsg.): *Shortcut Europe 1999. Kultur und Konflikt – Culture and Conflict*, Bonn: Fonds Soziokultur, 2000, S. 18 - 25, 178 - 184

Publikationen der MitarbeiterInnen des Instituts für Kulturpolitik

Ulrike Bentz

Wandel der Arbeitsgesellschaft und Bedeutung von Kunst und Kultur. Kommentierter Literaturbericht, 2000, 53 Seiten

»Thematisierung ehrenamtlicher Tätigkeiten in kulturwissenschaftlichen Aus- und Fortbildungen. Ergebnisse einer Untersuchung«, in: Bernd Wagner (Hrsg.): *Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojektes*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext, 2000, S. 257 - 281

Angelika Kordfelder

»Brauchen Kulturpolitiker (kulturelle) Qualifizierung?«, in: Karl Erment, Thomas Lang (Hrsg.): *Die Förderung von Kunst und Kultur in den Kommunen*, Wolfenbüttel: Bundesakademie für kulturelle Bildung, 2000, S. 111 -121

Franz Kröger

Kulturelle Sommerprogramme auf dem Prüfstand. Ergebnisse einer Umfrage bei ausgewählten Kommunen in NRW, Bonn: Institut für Kulturpolitik (Materialien 8), 2000, 40 Seiten

– /Kurt Eichler/Doris Gau/Norbert Sievers: »Kulturpolitik und Kulturförderung in NRW«, in: Boekmanstichting/Kulturpolitische Gesellschaft/Duitsland Instituut

»Kunst-Macht-Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 91 (IV/2000), S. 24 - 27

– /Thorsten Groß: »Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Nürnbergs Kulturleben«, in: Bernd Wagner (Hrsg.): *Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext, 2000, S. 78 - 96

– /Wagner, Bernd: »Kultur als Feld bürgerschaftlichen Engagements«, in: Bernd Wagner (Hrsg.): *Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojektes*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext, 2000, S. 207 - 224

– /Andrea Konopka: »Das Zentrum Aktiver Bürger. Ein neues Modell bürgerschaftlichen Engagements«, in: Bernd Wagner (Hrsg.): *Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojektes*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext, 2000, S. 248 - 257

– /Andrea Konopka: »Das Zentrum Aktiver Bürger«, in: *Alter für die Zukunft* 63/99, Evang. Akademie Loccum (Hrsg.) (Loccummer Protokolle Bd. 63), 2000

Thomas Strittmatter

– /Bernd Wagner: *Kulturelle Weiterbildung an Volkshochschulen im Land Brandenburg*, Bonn: Institut für Kulturpolitik (Materialien 7), 2000, 86 Seiten

Bernd Wagner

- 21.-22.1.: »**Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur**«, Vortrag und Unterrichtseinheit im Rahmen des »Kulturmanagement- Studienganges« an der *Hochschule für Musik und Theater* in Hamburg
- 17.2.: »**Ehrenamt, Freiwilligenarbeit u. bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich – Ergebnisse aus dem Projekt**«, Vortrag bei der Abschlussveranstaltung des Projektes »Freiwilligenarbeit in der kulturellen Bildung und Kulturarbeit« des *Instituts für Kulturpolitik* und des *Kulturbüro Frankfurt (Oder)* in Frankfurt (Oder)

Vortrag auf dem gleichnamigen »Fachseminar für kommunale KulturpolitikerInnen und kommunale Kultureinrichtungen« des *Deutschen Institut für Urbanistik* und des *Deutschen Städtetages* in Berlin

- 12.9.: »**In Amt und Ehren ohne Geld und Staat. Freiwilligenarbeit und ehrenamtliches Engagement in der Kultur**«, Vortrag auf der gemeinsamen Veranstaltung zur »Freiwilligenarbeit in der Kultur« der *Bremer Senatsverwaltung des Inneren, Abteilung Kultur* und der *Bremer Arbeiterkammer* in Bremen
- 29.-30.9.: »**Bürgerschaftliches Engagement im Stadtteil – und wo bleibt die Kultur?**«,

dersachsen, des *Niedersächsischen Städtetages* und des *Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt* in Oldenburg

Dr. Norbert Sievers

- 30.-31.3.: »**Kooperative Kulturförderung im Netzwerk Kulturpolitik**«, Vortrag bei der Tagung »Neue Wege der Kulturfinanzierung« der *Landesgruppe Bayern der Kulturpolitischen Gesellschaft* in Nürnberg
- 29.09.-1.10.: »**Vielfalt als Konzeption. Das Netzwerk Kulturpolitik im föderalen Staat**«, Vortrag bei der Tagung »Kulturhoheiten« von der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, der *Landeszentrale für politische Bildung* und dem *Bayerischen Städtetag* in der *Evangelischen Akademie Tutzing*

Vorträge der MitarbeiterInnen des Instituts für Kulturpolitik 2000

- 25.-27.2.: »**Kulturpolitik im Agenda-Prozess**«, Vortrag bei der Tagung »Zukunft ist ein kulturelles Programm. Kultur im Agenda-Prozess« der *Evangelischen Akademie Iserlohn*
- 17.-19.3.: »**Ehrenamt in Kultur und Arbeitsgesellschaft**«, Beitrag und Podiumsdiskussion zum gleichnamigen Diskurs der *Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel* in Wolfenbüttel
- 20.3.: »**Zur gegenwärtigen Situation der Kulturpolitik**«, Vortrag bei der *Ständigen Kulturkonferenz der PDS* in Berlin
- 30.3.: »**Ehrenamtliches Engagement. Eine alte und eine neue Ressource in der Kulturarbeit**«, Vortrag bei der Fachtagung »Neue Finanzierungswege in Kunst und Kultur« des *Kulturreferats der Stadt Nürnberg*, des *Instituts für soziale und kulturelle Arbeit*, Nürnberg und der *Kulturpolitischen Gesellschaft* in Nürnberg
- 8.-9.4.: »**Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft**«, Vortrag und Unterrichtseinheit im Rahmen des *European Management Programme for the Arts & Media* am *Internationalen Centrum für Kulturmanagement (ICCM)* in Salzburg
- 29.-31.5.: »**Bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich – Einsatzfelder und kulturpolitische Aufgaben**«,

Vortrag im Rahmen der Fachtagung »Bürgerschaftliches Engagement im Stadtteil – und wo bleibt die Kultur? Stadtteilkulturarbeit zwischen Ehrenamt und Kulturmanagement« des *Kulturamtes der Stadt Mannheim* und der *Freiwilligenagentur Mannheim* in Mannheim

- 11./12.8.: »**Kulturelle Globalisierung und Aufgaben von (Kultur)Politik**«, Eröffnungsvortrag zur Tagung »Kulturelle Globalisierung. Zwischen Weltkultur und kultureller Fragmentierung« der *Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie*, der *Heinrich-Böll-Stiftung* und der *Kulturpolitischen Gesellschaft* in Frankfurt/Main
- 27.10.: »**Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement im Musikleben**«, Vortrag im Rahmen der Podiumsdiskussion auf der 31. Generalversammlung des *Deutschen Musikrates* in Bonn
- 20.-21.11.: »**Kulturelle Bildung als Gestaltungspotential in der sich wandelnden Arbeitswelt**«, Vortrag bei der 3. Norddeutschen Programmbereichskonferenz »Kulturelle Bildung« des *Nordverbundes der VHS-Landesverbände* »Soft skills, Arbeitswelt und VHS-Kultur: Kulturelle Bildung als lebensbegleitendes und berufsförderndes Lernen« in Potsdam
- 9.12.: »**Zukunftsfähige Kultur durch eine ökologisch orientierte Kulturpolitik**«, Vortrag auf der 16. gemeinsamen Tagung der Kulturdezernentinnen und Kulturdezernenten aus Sachsen-Anhalt und Nie-

Ulrike Bentz

- 7.1., 21.-22.1.: »**Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur**«, Vortrag und Unterrichtseinheit im Rahmen des »Kulturmanagement- Studienganges« an der *Hochschule für Musik und Theater* in Hamburg
- 23.8.: »**Chancen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements in der Kultur**«, Beitrag und Podiumsdiskussion bei der Diskussionsveranstaltung »Chancen und Risiken des Ehrenamtes« des *Landesmuseums Koblenz*
- 15.11.: »**Kultur und Arbeit. Kulturelle Bildung als Gestaltungspotential in der sich wandelnden Arbeitsgesellschaft**«, Vortrag beim Werkstattgespräch des Projektes »Kultur und Arbeit« des *Instituts für Kulturpolitik* in Hannover

Dr. Angelika Kordfelder

- 17.-18.5.: »**Brauchen Kulturpolitiker (kulturelle) Qualifizierung?**«, Vortrag bei der Tagung »Die Förderung von Kunst und Kultur in den Kommunen« der *Kulturpolitischen Gesellschaft* und der *Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel* in Wolfenbüttel

Dr. Thomas Röbbke

- 17.-18.1.: »**Zentrum Aktiver Bürger**«, Vortrag bei der Abschlussveranstaltung des Projektes »Freiwilligenarbeit in der kulturellen Bildung und Kulturarbeit« des *Instituts für Kulturpolitik* und des *Kulturbüro Frankfurt (Oder)* in Frankfurt (Oder)
- 19.1.: »**Kunst und Arbeit - Zwischenbericht einer Recherche**«, Vortrag beim *Kulturforum der Sozialdemokratie* in Berlin

- 28.1.: »Zwischenbericht zur Studie »Kunst und Arbeit«, Vortrag bei der Sitzung des Arbeitskreises *Zukunft der Arbeit* beim *Bundesvorstand der SPD* in Berlin
- 11-13.5.: »Kultur und Konflikt – Chancen der Soziokultur«, Vortrag bei einer Veranstaltung »Interkulturelle Arbeit in Bosnien Herzegowina« des *Europarates*, Mostar
- 1.-3.6.: »Kunst und Ökologie«, Moderation eines Forums bei der Tagung der *HGDÖ* und der *Kulturpolitischen Gesellschaft* in Frauentsee (Tirol)
- 16.6.: »Kunst-Macht-Kulturpolitik«, Beitrag auf der Vorkonferenz zum bundesweiten Kongress »Kunst-Macht-Kulturpolitik« der *Kulturpolitischen Gesellschaft* in Bonn

- 28.6.: »Kunst und Arbeit«, Pressevorstellung der Publikation beim *Kulturforum der Sozialdemokratie* in Berlin
- 30.6.: »Stadtteil Erlenstegen«, Vorstellung der Geschichtsbroschüre zur Eröffnung der Ausstellung »Zwischen Villa und Mietwohnung« im *Zentrum Aktiver Bürger* in Nürnberg
- 9.7.: »Kulturläden und Ehrenamt«, Vortrag anlässlich des Nürnberger Südstadtfestes
- 29.9-1.10.: »Kulturhoheiten«, Eröffnungsvortrag der Tagung »Kulturhoheiten« von der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, der *Landeszentrale für politische Bildung* und dem *Bayerischen Städtetag* in der *Evangelischen Akademie Tutzing*
- 26.10.: »Kunst und Arbeit«, Vorstellung des Buches im *Kreativzentrum Dortmund*

- 8.12.: »Verwaltungsreform in der Kultur«, Vortrag bei der Veranstaltung der *FH Potsdam* und dem *Kulturamt Potsdam*

Dr. Thomas Strittmatter

- 15.9.: »Probleme des Übergangs von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft – Anforderungen an die Erwachsenenbildung am Beispiel der kulturellen Bildung«, Vortrag bei der Konferenz der Volkshochschulen des Landkreises Dahme-Spreewald
- 23.11.: »Die Bedeutung von Kunst und Kultur beim Übergang von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft«, Vortrag bei der Klausurtagung der AG Kultur der PDS-Bundestragsfraktion in Ludwigfelde

Reihe: Dokumentation der Kulturpolitischen Gesellschaft

Wagner, Bernd (Hrsg.): Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojektes, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Dokumentation 55)
328 Seiten ISBN: 3-923064-74-8 28 DM

Reihe: Materialien des Instituts für Kulturpolitik

Strittmatter, Thomas/Wagner, Bernd: Kulturelle Weiterbildung an Volkshochschulen im Land Brandenburg, Bonn: Institut für Kulturpolitik (Materialien 7)
86 Seiten ISBN: 3-923064-86-1 10 DM

Kröger, Franz: Kulturelle Sommerprogramme auf dem Prüfstand. Ergebnisse einer Umfrage bei ausgewählten Kommunen in NRW, Bonn: Institut für Kulturpolitik (Materialien 8)
40 Seiten ISBN: 3-923064-86-X 5 DM

Außerdem

Boekmanstichting, Kulturpolitische Gesellschaft, Duitsland Instituut Amsterdam (Hrsg.): *Cultuur over Grenzen: NL en NRW. Kultur über Grenzen: NRW und NL*, Amsterdam/Bonn
260 Seiten ISBN: 3-923064-95-0 20 DM

Publikationen des Instituts für Kulturpolitik im Jahr 2000

Zeitungen und Infodienste

Sievers, Norbert / Kröger, Franz (Red.): *Blickwechsel II*

Institut für Kulturpolitik (Hrsg.): *Projektinfodienst 1 »Kulturpolitik als Ehrenamt«*

Institut für Kulturpolitik/Institut für Bildung und Kultur (Hrsg.): *Projektinfodienst 1 »Kultur und Arbeit«*

Arbeitspapiere des Projektes »Kultur und Arbeit«

1. IfK/IBK: Konzept des Projektes »Kultur und Arbeit«
22 Seiten 5 DM
2. IfK/IBK: Bericht des 1. Werkstattgesprächs im Januar 2000
28 Seiten 5 DM
3. Ulrike Bentz: Wandel der Arbeitsgesellschaft und Bedeutung von Kunst und Kultur. Kommentierter Literaturbericht
53 Seiten 5,00 DM

4. Karin Völker:
Ausgewählte Literatur zum Spannungsfeld Kultur, Bildung und Arbeit. Kommentierter Literaturbericht
39 Seiten 5,00 DM

5. Martina Schmitt:
Neue Arbeitsformen – Zwischen Erwerbs-

Impressum

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft
Weberstraße 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 201 67-0
Fax: 0228 / 201 67 33
email: ifk@kupoge.de
www.kupoge.de

Leitung

Dr. Norbert Sievers, Bernd Wagner

Vorsitzender des Kuratoriums

Dr. Olaf Schwencke

Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft

Dr. Oliver Scheytt